

Nr. 135 November / Dezember 06

Das Info aus der Flora

PETER 21-2

ANTWORTET NICHT...

Vorwort

Da sind wir wieder, mit einer prallen Weihnachtsausgabe. Wir haben drei Anschlagserklärungen zu G8 dokumentiert und einige Termine und Diskussionsbeiträge im Heft, die heiße Phase in der Mobilisierung gegen den G8 beginnt! Aber auch sonst gibt's viel Inhaltliches, zu Castor und FSK, Sexismus und Abschiebelagern. Darunter gelitten haben die Fotos, die fast vollständig rausflogen sowie die Texte der Gruppe „Kritik im Handgemenge" aus Bremen, und der Gruppe Bricolage. Die Texte von letzteren sind bereits anderweitig erschienen, so fiel uns ein Verzicht nicht schwer. Den Bremer GenossInnen sei gesagt, dass noch nicht entschieden ist, ob die Texte in den Ordner wandern oder in die nächste Ausgabe, deren Einsendeschluss der 20.12.06 ist.

Pinky unsere schweigsame kleine Heldin vom Titel der letzten Ausgabe ist ihren Häschern übrigens listenreich entkommen und untergetaucht. Aber wer Pinky kennt, weiß natürlich dass sie nicht untätig ist. Die kleine Nagerin hat den Sendemast der Polizei im Wendland gefällt und sich dann schnell versteckt. Findet Ihr Pinky?

Wir wünschen uns und Euch allen, ereignissreiche Wochen! Lasst Euch nicht von Weihnachten einlullen!

Eure zicken

P.S.: Wenn's euch irgendwie möglich ist, schickt uns eure Beiträge bitte einmal als Papierausdruck und einmal auf Datenträger. Das ewige Tippen nervt!!

Inhaltsverzeichnis:

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden. Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).
Eigendruck im Selbstverlag.



Jetzt neu im Internet: Das Archiv der Sozialen Bewegungen Hamburg

Seit 1989 bemühen wir uns, die Aktivitäten der sozialen Bewegungen in der BRD (und darüber hinaus) zu dokumentieren, indem wir Materialien und Dokumente aus dem linken Spektrum sammeln und möglichst umfassend aufarbeiten. Wir verstehen dies als Beitrag zu aktuellen und zukünftigen theoretischen Arbeiten und praktischen Auseinandersetzungen. Daher orientiert sich auch unsere Archivsystematik an den Aktionsfeldern der sozialen Bewegungen, z. B. Stadtentwicklung, Repression, Frauen / Lesben, Antirassismus, Internationalismus, Hausbesetzungen.

Der Archivbestand umfasst inzwischen mehr als 3.300 Zeitschriften, mehrere zehntausend Broschüren, unzählige Flugblätter und Presseausschnitte, über 1.500 Plakate, Hunderte von Büchern und Postkarten, Ansteckern, Aufklebern usw. überwiegend aus den letzten 30 Jahren.

Da auch das Foto-Archiv-Kollektiv sein Archiv in unseren Räumen betreibt, ist zusätzlich Fotomaterial zu vielen Bereichen erhältlich.

Seit einiger Zeit erfassen wir die Bestände elektronisch in einer eigenen Datenbank. Angesichts der Fülle des Materials wird die komplette Erfassung zwar noch dauern, aber wir wollen euch - Initiativen und Gruppen, SchülerInnen und StudentInnen, JournalistInnen und Interessierten - bereits jetzt die Früchte unserer Arbeit im Internet zur Verfügung stellen. Unter der Adresse http://asb.nadir.org könnt ihr Zeitschriften und Broschüren nach Schlagwörtern, bibliografischen Angaben, Systematikstellen usw. suchen, Fotos anschauen oder euch einfach über das Archiv informieren.

Wir waren und sind auch weiterhin auf eure tatkräftige Unterstützung angewiesen. Das Archiv lebt davon, dass Leute uns ihre Materialsammlungen und Geld (steuerabzugsfähig!) spenden. Außerdem suchen wir laufend engagierte MitarbeiterInnen, die ihre politischen Vorstellungen und Erfahrungen bei der Archivierung der sich auftürmenden Papierberge (natürlich unbezahlt) einbringen wollen!

Archiv der Sozialen Bewegungen Hamburg

Pressemitteilung aus Flensburg

In den Morgenstunden des 03.09.06 wurde von Unbekannten ein Brandanschlag am autonomen Wohnprojekt HC159 Hafermarkt in Flensburg verübt. Die Täter schleuderten gegen 06.15h zwei bis drei mit brennbarer Flüssigkeit gefüllte Flaschen ("Molotow-Cocktails") gegen 3 auf dem Parkplatz neben dem Gebäude an der Heinrichstrasse stehende Wagen, von denen einer direkt an der Hausmauer parkte. Dabei verfehlten die Wurfgeschosse die Autos nur knapp oder prallten von ihnen ab, so das der Inhalt beim Auftreffen auf den Betonboden barsten und der Inhalt größtenteils dort verbrannte. Dabei wurden zwei der parkenden Autos durch umherspritzende Flüssigkeit beschädigt, der Reifen eines Wagens fing Feuer. Außerdem fing durch einen Brandsatz, der gegen das dicht am Gebäude stehendes Fahrzeug gerichtet war, eine große Holztür des Wohnprojektes Feuer. Die Brandherde konnten jedoch von einem der Bewohner, der durch den Lärm geweckt wurde, noch vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden, die aufgrund der starken Rauchentwicklung von Anwohnern gerufen worden war. Nur durch dieses schnelle Eingreifen konnte größerer Schaden verhindert werden, bevor sich das Feuer weiter entwickeln konnte. Die Täter haben gezeigt, dass sich ihr Angriff nicht nur gegen die parkenden Wagen, sondern direkt gegen das Wohnprojekt richtete, da sie ein Übergreifen der Flammen auf das Wohngebäude, in dem zu diesem Zeitpunkt mehrere Personen schliefen, billigend in Kauf nahmen oder vielleicht sogar hervorrufen wollten. Anders ist der Brandsatz auf das direkt am Gebäude parkende Fahrzeug nicht zu interpretieren. Der Hintergrund der Tat wird von den Bewohnern im rechtsextremen Milieu vermutet, aus dem in den letzten Monaten wiederholt Drohungen gegen das Wohnprojekt ausgesprochen wurden, die jedoch bisher höchstens in Flaschenwürfen gegen die Gebäude mündeten.

HC159 e.V.

Freiheit für KAWEH!

Sofortige Freilassung des niederländischen Antifaschisten aus der Hamburger Untersuchungshaft!

Am Samstag, den 14.10.2006 gab es in der Hamburger Innenstadt eine große, kraftvolle, von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragene Demonstration mit über dreitausend TeilnehmerInnen, gegen den an diesem Tag stattfindenden Aufmarsch der Nazis in Wandsbek. Bei den anschließenden Blockade- und Protestaktionen prügelte die Polizei den Nazis den Weg frei. Unter Missachtung sämtlicher Grundrechte griffen die Beamten letztlich sogar eine angemeldete Kundgebung mit fünf Wasserwerfern an.

Im Laufe des Tages kam es insgesamt zu 28 vorläufigen Festnahmen bzw. Ingewahrsamnahmen und zahlreichen Verletzten. Unter den Festgenommenen befand sich auch Kaweh Kazrounian, für den dieser Tag in der Untersuchungshaftsanstalt endete, wo er wegen des Vorwurfs der versuchten gefährlichen Körperverletzung und des schweren Landfriedensbruch seit dem eingeknastet ist. Seit mindestens fünf Jahren hat in Hamburg als Folge politischer Aktionen niemand mehr in Haft gesessen.

Staatsanwaltschaft und Gericht versuchen dieses Vorgehen mit angeblich bestehender Fluchtgefahr zu rechtfertigen, da er keinen festen Wohnsitz in der BRD hat. Das ist schon nach allgemeiner Rechtsprechung allein kein Grund für Untersuchungshaft, wenn der Mensch einen Wohnsitz im europäischen Ausland hat. Kaweh hat einen festen Wohnsitz in den Niederlanden, dort feste soziale Strukturen und einen Beruf, dem er nachgehen muss. Er lebt dort unter einer den Strafverfolgungsbehörden und dem Gericht bekannten Anschrift.

Dass Kaweh seit nun fast zwei Wochen grundlos und rechtswidrig gefangen gehalten wird, ist schlicht ein Skandal. Es ist klar, dass es den Repressionsorganen darum geht, ihn und andere Menschen von aktiver linker Politik abzuschrecken und gegen Faschismus auf die Straße zu gehen.

Umso mehr muss unsere Antwort sein, aktiv zu sein und die Solidarität mit Kaweh zu demonstrieren. Zeigen wir Kaweh, dass er nicht allein ist hinter den Knastmauern. Spendet Geld, wenn möglich, denn das Verfahren und Sachen für den Knast sind teuer! Eine Möglichkeit, ihn in dieser schwierigen Situation zu unterstützen, ist ihm zu schreiben. Er freut sich über Post in Englisch oder Holländisch! Habt aber beim Schreiben im Kopf, dass Post in den Knast grundsätzlich gelesen wird bevor sie dem/der Gefangenen ausgehändigt wird.

Postanschrift:

Kaweh Kazrounian

z.Zt. Untersuchungsgefängnis

Holstenglacis 3

20355 Hamburg

Do, 2.11.2006, 18.30 Uhr Demo ab S-Bahn Sternschanze 19.00 Uhr Kundgebung am Untersuchungsgefängnis in den Wallanlagen

Freiheit für Kaweh!Hoch die internationale Solidarität!

Schluss mit der Kriminalisierung des linken Widerstandes!

weitere Infos unter:

www.ea-hh.de www.avanti-projekt.de
www.rote-hilfe.de/hamburg

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V. OG Hamburg
Kto-Nr.: 846 10 203
BLZ: 200 100 20
Postbank Hamburg
Stichwort: "Kaweh"

Bericht von der norddeutschen Demo in Hamburg zum transnationalen MigrationsAktionsTag am 7.10.06

Am transnationalen MigrationsAktionsTag demonstrierten in Hamburg 6-700 Menschen aus Norddeutschland, darunter viele Flüchtlinge, für Bewegungsfreiheit, gegen Lager und Abschiebungen, für Bleiberecht und gleiche Rechte für alle. Trotz strömendem Regen war die Stimmung gut. Passende Musik vom Lautsprecherwagen und Informationen über einen neuen globalen Pass, der auf der Demo zu haben war, trugen genauso dazu bei wie zahlreiche Redebeiträge, in denen von Kämpfen hier und anderswo berichtetet wurde.

Auf der Auftaktkundgebung wurde dargestellt, wie es zu dem transnationalen Aktionstag kam, der im Mai 2006 vom Europäischen Sozialforum beschlossen und von über 200 Gruppen in ganz Europa und Afrika unterschrieben wurde. Aktionen in neun deutschen Städten, acht europäischen und vier afrikanischen Ländern wurden erwähnt, Widerstand gegen die EU-Migrationspolitik auch und gerade in Afrika bekannt gemacht und Zusammenhänge zur Hamburger Situation hergestellt.

Dann berichteten Flüchtlinge aus dem Lager Blankenburg bei Oldenburg von ihrem Streik, den sie seit dem 4.10.06 gegen die menschenunwürdigen Bedingungen dort führen, und riefen zur Unterstützung ihrer Forderungen nach besserem Essen, medizinischer Versorgung und einem Ende der Schikanen und Beleidigungen durch das Lagerpersonal auf. Grundsätzlich fordern sie eine Beendigung der Isolationspolitik und damit der Lagerunterbringung und stattdessen das Recht auf Wohnungen für alle.

Auf der Zwischenkundgebung am Gänsemarkt stellte eine Frau aus Afghanistan ihre Situation als Flüchtling und die Bedrohung durch die Hamburger



Abschiebepolitik dar. Eine Organisation iranischer Flüchtlinge erhob Forderungen nach einer anderen Flüchtlings- und Außenpolitik. In einem weiteren Redebeitrag wurde gefragt, wie es in Deutschland aussähe, wenn es auch hier eine Legalisierung für Menschen ohne Papiere, Gesundheitsversorgung für alle und keine Abschiebungen gäbe und wenn die Zäune um Europa fallen würden. Bewegungsfreiheit nicht nur für einige wenige sondern für alle - eine wünschenwerte Utopie! Vor dem Untersuchungsfängnis an der Holstenglacis, das auch als Abschiebehaftanstalt dient, wurde auf die Hamburger Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik hingewiesen und insbesondere die AusLagerung der Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung nach Nostorf/Horst in Mecklenburg-Vorpommern sowie das neue Hamburger Schülerregister kritisiert.

Bei der Abschlusskundgebung am Schulterblatt forderten Flüchtlinge aus Mecklenburg-Vorpommern eine Verlängerung des Abschiebestopps nach Togo, da dort weiter die Diktatur eines Familienclans herrscht. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge stellte sich vor. Abschließend wurde zur Demonstration zur Innenministerkonferenz am 16.11.06 in Nürnberg aufgerufen, um dort für ein bedingungsloses Bleiberecht und Papiere für alle einzutreten. Ziemlich exakt mit dem Ende der Demo, als die TeilnehmerInnen noch zu einem Imbiss in die Rote Flora gingen, hörte der Regen auf und die Sonne kam heraus - ein Zeichen der Hoffnung und der neuen Perspektiven, die dieser transnationale Aktionstag eröffnet hat? Der Aufruf und weitere Informationen zur Hamburger Demonstration sowie zu den Aktionen in anderen Städten und Ländern sind auf www.fluechtlingsrat-hamburg.de zu finden, sowie ein Teil der erwähnten Redebeiträge.

SCHANZENFEST 2006

Wie jedes Jahr begann es mit dem netten Straßenfest/Flohmarkt, der laut der hamburger Polizei von 7000 bis 8000 Personen besucht wurde. Auch wie in den letzten Jahren dominierten normale Flohmarktstände, Futter- und Getränkestände, Stände der Restaurants und Kneipen und wenige politische Stände. Der Abend wurde dann nach der 1:2 Niederlage von St. Pauli gegen Bayern München mit dem nahezu schon rituellen Feuer auf dem Schulterblatt begangen.

Nach ca. 20 bis 30 Minuten traf dann auch dieHamburger Polizei mit Unterstützung von Kräften aus Eutin, Bremen und Hannover und 7 Wasserwerfern ein und begann die Piazza vor der Flora zu räumen. Dies führte zu mehreren kleineren und größeren brennenden Barrikaden im Raum des Schanzenviertels und einen Polizeieinsatz der, laut Aussage dieser, bis um 2:30 dauerte (ab 2:50 waren die Straßen wieder frei befahrbar). Die Polizei spricht von 29 vorläufig festgenommenen Personen und im Zusammenhang mit dem Fußballspiel und dem Schanzenviertelfest von insgesamt 973 eingesetzten Beamten.

"Ich bitte um Veranlassung, daß solche unmenschlichen Handlungen dort gemacht werden, wo man sie sieht"

Was hat die deutsche Öffentlichkeit von der Judenverfolgung zwischen 1933 und 1945 gewusst?

Die Veranstaltung wird auf Grundlage neuer historischer Forschungsergebnisse versuchen, Antworten auf die Frage nach Mitwirkung, Unterstützung und Duldung der Deutschen bei der Verfolgung und Ermordung des deutschen und europäischen Judentums zu geben. Donnerstag, 16.11.2006, 20 Uhr Rote Flora

Dokumentation

Für globale Bewegungsfreiheit - Lager abschaffen - G8-Gipfel in Heiligendamm angreifen!

Farbe und Steine auf das Haus des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern Ringstorff 28.08.2006-10-28

Wer andere unter beschissenen Verhältnissen in Lager zwingt und gewaltsam abschiebt, der soll zu Hause auch keinen Frieden finden. Deshalb bewarfen wir das Haus von Harald Ringstorff in Weiße Krug, Am See 1, mit Steinen und Lackfarbe. Ringstorff hat als Ministerpräsident von Mecklenburg für die Dauer von zwei Legislaturperioden die Existenz von lagern für Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern zu verantworten. Insbesondere die sogenannten "Dschungelheime" wie Parchim-Tramm gerieten bundesweit wegen der dort herrschenden menschenverachtenden Bedingungen in die Schlagzeilen. Erst ein langer intensiver Kampf von Flüchtlingen führte zur Schließung der Mehrzahl dieser Lager. Aber entgegen der Koalitionsvereinbarungen und Beschlüssen der SPD/PDS Regierung sind noch nicht alle "Dschungelheime" verschwunden. Nach wie vor sind Flüchtlinge gezwungen isoliert, streng reglementiert und unter entwürdigenden Bedingungen zu leben. Im Brennpunkt der Kämpfe steht jetzt die "Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung" und das "Ausreisezentrum" in Horst. Im Sommer 2005 vereinbarte die Landesregierung, dass dort alle Menschen konzentriert werden sollen, deren Abschiebung mittelfristig bevorsteht. Es handelt sich in Horst also um ein Abschiebelager wie in Bramsche/Niedersachsen. Horst soll ab Herbst 2006 zusätzlich ebenfalls die Funktion einer ZAST und eines "Ausreiselagers" für das Bundesland Hamburg übernehmen. Wiederholt wurden in Horst Botschaftsvorführungen von vermeintlichen Togoern mit der Absicht der Abschiebevorbereitung durchgeführt. Mobilisierungen von Flüchtlingen und antirassistischen Gruppen führten im Februar zu einer Durchsetzung eines vorläufigen Abschiebestopps nach Togo. Ende Januar wurde jedoch noch Alassane Moussbaou, der sich im Abschiebeknast Bützow im Hungerstreik befand, brutal nach Togo abgeschoben.

Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative der GenossInnen aus Berlin, die im April du deutsche Zentrale der IOM (International Organisation of Migration) angegriffen haben. In ihrer Erklärung thematisieren sie, das mörderische Grenzregime der EU und die Verflechtung zwischen Krieg, imperialistischer Unterdrückung und Organisationen wie der IOM. Sie stellten ihre Aktion in einen Kontext mit den Mobilisierungen gegen den G8-Gipfel und forderten eine "klare antirassistische Positionierung militanter g8 gegnerinnen". Das wollen wir mit unser Aktion unterstützen. Neben den aus Berlin benannten Themen halten wir es auch für nötig, an den Kämpfen der hier lebenden Flüchtlinge gegen Lagersystem, Residenzpflicht und Illegalisierung anzuknüpfen und uns zu solidarisieren.

Harald Ringstorff setzte sich vor zwei Jahren gegen die Konkurrenz von mehreren anderen Bundesländern im Wettbewerb für die Ausrichtung des G8-Gipfels durch. "Wir haben das beste Angebot" verkündete er angesichts der unter dem Sicherheitsaspekt optimalen Bedingungen des Kempinski Grand-Hotels in Heiligendamm.

Wir wissen nicht, ob Ringstorff als Ministerpräsident nach der Wahl im September noch die Eliten der imperialistischen Staaten begrüßen darf, wir wissen jedoch, dass nicht alle wichtigen Funktionsträger und Institutionen in Mecklenburg-Vorpommern in den nächsten Monaten geschützt werden können, auch wenn PDS und SPD im Landeshaushalt bereits 10 Mio. für Sicherheitskosten beim G8-Gipfel bewilligt haben. Es werden weitere Aktionen gegen Verantwortliche und Orte imperialistischer, rassistischer und kapitalistischer Unterdrückung folgen. Hotels, Gastronomie und die Fremdenverkehrsbetriebe von Mecklemburg-Vorpommern sollten sich genau überlegen, ob sie an dem Herrschaftsspektakel Anfang Juni 2007 partizipieren wollen.

Denn MV tut nicht allen gut.

Das Lager in Horst und alle anderen schliessen!

Für einen starken antirasistischen GlobalAction Day am 7.10.06

Und eine kämpferische Großaktion einen Tag vor Gipfelbeginn im Juni 2007!!

P.D.S. "People of Seattle"

Teilnehmerlnnen der militanten Kampagne gegen den G8 in Heiligendamm

Termine zum G8

norddeutschlandweit

OKTOBER

27. - 29. Fr ab 18 Uhr bis So ca 13 Uhr: bundesweites Dissent!-Treffen in Osnabrück

NOVEMBER

7. Kiel, G8 Soli-Filmabend, The Miami Model, 19.30 Uhr Subrosa

9. Kiel, 1. Treffen für Kieler Netzwerk gegen den G8 Gipfel 2007, 19.30 Uhr Pumpe, Haßstr. 2

10. Rostock, 16h Demonstration "Papiere für alle" anlässlich G8 Aktionskonferenz und Innenministerkonferenz Nürnberg

10.-12. Rostock, Internationale Aktionskonferenz (Rostock II)

11.- 14. Widerstandsaktionen gegen Castor, Wendland. Training für G8 2007

17.- 19. Biopiraterie Auftaktseminar "von G8 zu COP9 - Zwei Gipfel ein Protest"

DEZEMBER

16. Frauen Lesben Transgender Treffen (vorläufige Bezeichnung)



Dokumentation

Feuer und Farbe für den Götterboten!

Unter diesem Motto haben wir Ende September 2006 Gerd-Uwe Baden, Vorstandsvorsitzender der EULER-HERMES-Kreditversicherung Deutschland, Süllbergterrasse 10 in Blankenese, und Stefan Schiebeler, Niederlassungsleiter von HERMES in Hamburg, Renettenweg 19 in Sasel, besucht. Dem Haus Süllbergterrasse 10 haben wir dabei eine neue farbliche Gestaltung verpaßt, während wir bei Stefan Schieber Feuer an seinen Mercedes legten.

Zu den Gründen:
In den nächsten Wochen wird die Entscheidung fallen, ob die Bundesregierung eine HERMES-Bürgschaft für die Errichtung des Ilisu-Staudammes in der Türkei bewilligt. Mit unserer Aktion wollen wir den Widerstand gegen das Ilisu Projekt praktisch unterstützen. Wir wollen aber auch auf allgemeiner Ebene die Rolle, die Exportbürgschaften im globalen Ausbeutungsprozess spielen, thematisieren und ihre Bedeutung als Instrument imperialistischer Deutscher Politik sichtbar machen. Nicht zuletzt wollen wir einen Beitrag leisten zur militanten Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm.

Der Ilisu Staudamm
Das geplante Ilisu-Projekt in der Türkei ist Teil des sogenannten "Südostanatolischen Projekts" (GAP), das den Bau von 22 Staudämmen mit 19 Wasserkraftwerken umfaßt, die 30% des türkischen Energiebedarfs liefern sollen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 32 Milliarden Euro. Neben dem 1992 fertiggestellten Atatürk-Staudamm am Euphrat ist der Ilisu-Staudamm am Tigris das größte Teilprojekt innerhalb des GAPS. Bereits für den Bau des Atatürk-Dammes wurden 60.000 Menschen zwangsumgesiedelt und ihrer Existenzgrundlage beraubt, versprochene Entschädigungen wurden nie ausgezahlt. Nun droht weiteren 50-60.000 Menschen, die noch in der Region um den geplanten Ilisu-Staudamm leben, das gleiche Schicksal. 20.000 BewohnerInnen der Region wurden bereits im Zuge des Krieges gegen die PKK von der türkischen Regierung zwangsumgesiedelt.
Lokale und internationale Proteste hätten das Ilisu-Projejekt in der Vergangenheit fast gekippt, als sich 2002 die beteiligten Firmen und Banken zurückzogen. Unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen Baufirma Züblin hat sich nun jedoch ein neues Konsortium gebildet.
An den Gründen für den Widerstand gegen das Projekt hat sich nichts geändert. Neben der Tatsache, das die antike Stadt Hasankeyf im Stausee versinken würde und die Erfahrung mit anderen Staudammprojekten vergleichbarer Größenordnung enorme ökologische Folgen für die gesamte Region vorhersehen lassen, drohen durch die Staudämme auch internationale Konflikte. Irak und Syrien sind auf Euphrat und Tigris als Wasseradern angewiesenen. Durch die geplanten Staudämme erhielte die türkische Regierung die Kontrolle über den Wasserzufluß in diese Länder. Den Abschluß von internationalen Verträgen mit Irak und Syrien über eine gemeinsame Kontrolle der Wasserverteilung lehnt die Regierung des NATO-Mitglieds Türkei bisher ab und versteht sich als allein Verfügungsberechtigte über diese strategische Wasserresource. Die Proteste gegen den Bau des Ilisu-Dammes, der Anfang August offiziell begonnen wurde, haben in den vergangenen Monaten zugenommen. Konkret fordern die BewohnerInnen des Staudammgebietes die Ablehnung des HERMES-Exportbürgschaftsantrages, den die Firma ZÜBLIN bei der Deutschen Bundesregierung gestellt hat. Über den Antrag soll in den kommenden Wochen entscheiden werden.

HERMES Bürgschaften
International operierende Firmen können zur Risikoabsicherung ihrer Geschäfte eine Ausfallbürgschaft bei der Bundesregierung beantragen. Ein "Interministerieller Ausschuss" (IMA) , in dem VertreterInnen des Wirtschafts-, Finanz-, Außen- und Entwicklungshilfeministeriums" zusammen sitzen, entscheidet über die Bewilligung. Die Abwicklung der Bürgschaften übernimmt dann die EULER-HERMES -Kreditversicherungs AG, in manchen Fällen auch PRICE-WARTERHOUSE COOPERATION.

Die Allianz-Tochter EULER-HERMES ist einer der größten Kreditversicherer weltweit. 2004 erreichten die Exportbürgschaften einen Umfang von 21 Milliarden Euro, hauptsächlich für Geschäfte deutscher Firmen in China, Rußland, der Türkei und dem Iran. Der Bundesregierung liefern die Exportbürgschaften die Möglichkeit, Großkonzerne wie Siemens, EADS oder Thyssen-Krupp zu subventionieren und global konkurrenzfähig zu

machen. Sie werden aber auch strategisch eingesetzt, um Projekte zu fördern, die der imperialistischen Politik wichtig erscheinen und der Sicherung ihrer Interessen dienen. So wurden in den 80er und 90er Jahren nur für die Ausrüstung der Armee des NATO-Partners Türkei mit deutschen Fregatten, U-Booten, Schnell- und Patrouillenbooten Exportbürgschaften in Höhe von 3 Milliarden Euro an die deutschen Kriegswerften von HDW, Blohm&Voss und Thyssen vergeben. Exporte von U-Booten für Indien, Argentinien und Indonesien oder Korvetten für Malaysia wurden mit milliardenschweren Bürgschaften gefördert. Im strategisch immer wichtiger werdenden Energiesektor profitierte vor allem Siemens von den Exportbürgschaften sowohl für den Neubau und die Modernisierung von AKWs in China, Argentinien, Slowenien und der Ukraine, als auch für Riesenstaudämme z.B. in Indien. Eine 70 Millionen Euro Bürgschaft wurde 2001 trotz Uneinigkeit im IMA durch den sogenannten "Kanzlerentscheid" für Siemens lockergemacht, um den umstrittenen Theri Staudamm am Ganges, nördlich von Neu-Delhi, zu bauen. So wie jetzt beim türkischen Ilisu-Projekt gab es in Indien vehemente Proteste gegen die Zwangsumsiedelung von 100.000 Menschen, wegen der mangelnden Absicherung des Dammes gegen Erdbeben und der Unterschlagung von zugesicherten Entschädigungszahlungen für die betroffenen Menschen.
Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Proteste gegen Großprojekte, an denen Deutsche Firmen mit HERMES-Bürgschaften beteiligt waren, wurde während der Zeit der rot-grünen Bundesregierung der klägliche Versuch gemacht, die Vergabe von HERMES-Bürgschaften an die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards zu binden. In der Praxis hat sich sehr schnell gezeigt, dass schwammige Erklärungen der Investoren ausreichten, um das Geld fließen zu lassen. Die Prüfung der Mindeststandards liegt in der Verantwortung der Unternehmen. Wenn eine Finanzierung durch HERMES-Bürgschaften mal nicht zustande kam, dann lag es nicht an der Unvereinbarkeit mit irgendwelchen Standards, sondern an real existierenden politischen Kräfteverhältnissen. Und die können sich schnell ändern. Zum Beispiel galt in den letzten Jahren eine Förderung von Atomtechnologieexporten noch als nicht opportun. 2003 hatte Siemens trotzdem für den Bau eines neuen Druckwasserreaktors in Finnland eine Förderung beantragt, diesen Antrag aber schnell wieder zurückgezogen. Es war ein ungünstiger Moment für solche Provokationen, denn in der Regierung herrschte dicke Luft. Unmittelbar zuvor hatte Gerhard Schröder versucht, den Verkauf der Haunauer Plutoniumfabrik von Siemens nach China einzufädeln. Seine grünen KoalitionskollegInnen waren zwar empört, gescheitert ist das Projekt aber an der Intervention der US-amerikanischen Regierung.
Inzwischen haben sich die politischen Kräfteverhältnisse bezüglich des Atomausstiegs weiter verschoben und es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese Regierung den Export von Atomtechnologie wieder für förderungswürdig hält.

Außer den HERMES-Bürgschaften existieren eine Reihe weiterer Möglichkeiten, das Geschäftsrisiko für Exporte oder Investitionen in die politisch instabilen aber ökonomisch und strategisch interessanten "emerging markets" mit Steuergeldern abzusichern. Neben der staatlichen KfW-Bank (deren Rolle beispielsweise bei der Erschließung und Finanzierung von Kupferminen im Zusammenhang mir dem Anschlag auf den Vorstandschef der Norddeutschen Affinerie im letzten Jahr von Genossinnen erwähnt wurde) können auch die Europäische Bank für "Wiederaufbau und Entwicklung" oder die Weltbanktochter "International Finance Cooperation" in Anspruch genommen werden, in deren Entscheidungsgremien auch wieder wohlgesonnene Delegierte der Bundesregierung Sitz und Stimme haben. Und wenn es mal überhaupt nicht klappt, gibt es immer noch die gute alte Deutsche Bank. Sie finanzierte z.B. für Siemens, VEW & Bayernwerk die Errichtung des Maheshwar Kraftwerks im Narmadatal in Indien, nachdem eine HERMES-Bürgschaft nicht zustande gekommen war.

Auch dort herrschten die gleichen elenden Verhältnisse, wie sie bei vergleichbaren Projekten immer wieder festzustellen sind: 30.000 Familien wurden in eine unbewohnbare Stadt zwangsumgesiedelt; mitten in der Wüste gebaut, hatten die Häuser keine Dächer und sanitäre Anlagen, es gab weder Schulen noch Krankenhäuser. Entschädigungszahlungen für Landenteignungen wurden unterschlagen, Proteste mit Gewalt unterdrückt.

Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007

Wir verstehen unsere Aktion gegen EULER HERMES als Beitrag zur militanten Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Wir wollen mit dieser Initiative Strukturen globaler Ausbeutung und Unterdrückung sichtbar machen, angreifen und einen konkreten Bezug zu den Kämpfen der Menschen in der Türkei, Indien oder in China gegen die Staudammprojekte herstellen. Eine unmittelbare Verbindung zwischen diesen Kämpfen ist die Beteiligung deutscher Firmen und die Risikoabsicherung durch HERMES-Bürgschaften der Bundesregierung.
Ein gemeinsamer Adressat dieser verschiedenen Kämpfe ist die EULER HERMES AG mit ihrem Sitz in Hamburg.

Solidarität mit dem Widerstand gegen Ilisu! HERMES zerlegen!! G8-Treffen fluten!!

Gruppe "Unheilige Allianz Dammbruch", September 2006



Dokumentation

Erklärung zur militanten Aktion gegen DAL

In der Nacht zum 23.Oktober 2006 haben wir ein Feuer im Sitz der Deutschen Afrika-Linien an der Palmaille in Hamburg gelegt. Mit dieser Aktion wollen wir an die kolonialen Wurzeln heutiger globaler Herrschaft und Ausbeutung erinnern und an das Weiterleben der deutschen Kolonialgeschichte im alltäglichen gesellschaftlichen Rassismus.

DAL, früher Woermann-Linie, ist im 19. und frühen 20.Jahrhundert an der Ausplünderung deutscher Kolonien in Afrika und am Krieg und Völkermord im heutigen Namibia reich geworden. Bis heute weigern sich die DAL, Verantwortung für ihre blutige Firmengeschichte zu übernehmen.

Bis heute weigert sich die Bundesrepublik, uneingeschränkt die Schuld an den Verbrechen des deutschen Kolonialismus einzugestehen und endlich dafür zu bezahlen. Bis heute müssen die Nachkommen der Opfer die Verharmlosung, Leugnung und sogar Rechtfertigung der Kolonialverbrechen ertragen. Im Vorlauf des G8-Gipfels, der nächstes Jahr in Deutschland abgehalten werden soll, und im Zusammenhang mit der laufenden militanten Kampagne geht es uns aber nicht ausschließlich um die Erinnerung an die Opfer des Kolonialismus und um die Forderung nach materiellem und ideellem Ausgleich. Es geht auch darum, dass der Imperialismus des 21.Jahrhunderts von den sozialen, politischen, ökonomischen und ökologischen Lasten und Spätfolgen des Kolonialismus profitiert, an denen viele postkoloniale Gesellschaften immer noch zu tragen haben.

Besonders unerquicklich nimmt sich vor diesem Hintergrund die Inszenierung aus, die wir letztes Jahr beim G8-Treffen in Schottland erleben mussten: Mit ihrem verlogenen "Schuldenerlass" gaben die Staatschefs das Stück vom barmherzigen Samariter, während weiße Gutmenschen vom Schlag eines Bob Geldorf dazu von "Gerechtigkeit" trällerten. Da tobte ein karikativer Rassismus, der schwer zu überbieten war. Uns missfällt es zutiefst, wenn in kolonialrassistischer Manier Armut und Ausbeutung dem angeblichen Unvermögen der Armen und Ausgebeuteten angekreidet wird, die dann brav "danke" sagen sollen, während die Staaten, die sich an Kolonialismus jahrhundertelang bereichert haben, ein Vermögen in die Sicherung ihrer Grenzen stecken.

Nicht weniger angewidert sind wir, wenn die Regierenden im zukünftigen G8-Gastgeberland sich erlauben, geschichtsverdrehende Lügenmärchen zu verbreiten, deren Moral lautet: Weil Deutschland kolonialgeschichtlich kaum vorbelastet wäre, sei es die ideale Besetzung für militärische und politische Einmischungen in afrikanischen Staaten. Da wird das humanitäre Deckmäntelchen mit revisionistischem Zynismus aufgepeppt, um den Zugriff auf Ressourcen und Märkte wieder einmal mit Waffengewalt durchzusetzen.

Unsere geschichtspolitische Intervention soll als Anregung verstanden werden, die koloniale Vorgeschichte des heutigen Rassismus, Militarismus und Imperialismus in der Mobilisierung und Kampagne gegen den G8 zum Thema zu machen.

Konkret fordern wir:

Bundeswehr: Finger weg von Afrika!
DAL, Deutsche Bank, Orenstein & Koppel/ Terex und alle anderen Profiteure von Kolonialverbrechen und kolonialer Ausbeutung und deren Nachfolger müssen zahlen!
Sofortige Zahlung von Reparationen an alle Nachkommen der Opfer des deutschen Kolonialismus durch die BRD!
Auflösung des Traditionsverbandes der Schutz- und Überseetruppen!

Von Woer- und Schimmelmännern, kolonialrassistischen Wiedergängern und alten und neuen deutschen Großmachtträumen:

Vor hundert Jahren und mehr...

... deutsche Handelshäuser, Banken, Bahn- und Minengesellschaften, Plantagenbesitzer und Reedereien schöpfen riesige Gewinne aus der Ausplünderung der Kolonien. Ab 1884 erklärt sich das deutsche Kaiserreich zur "Schutzmacht" über die Gebiete des heutigen Namibia, Tansania, Ruanda, Burundi, Kamerun und Togo, über Westsamoa, Teile Ozeaniens und ein chinesisches Küstengebiet.

Adolf Woermann, dessen Handelshaus und Schifffahrtslinie lange vor der Errichtung der deutschen Kolonialregime beste Geschäfte mit Rohstoffen mit Rohstoffen aus Afrika gemacht hat, ist ein zentraler Protagonist deutscher Kolonialbestrebungen. Als Anfang der 1880er Jahre abzusehen ist, dass Frankreich und England ihre westafrikanischen Einflussgebiete abstimmen, verfasst Woermann eine Denkschrift an die Reichsregierung. Er fordert den Schutz des deutschen Afrikahandels vor der europäischen Konkurrenz, die Ausschaltung des afrikanischen Binnenhandels und die Gründung einer Handelskolonie in Kamerun. Als Präses der Hamburger Handelskammer, Bürgerschafts- und Reichstagsabgeordneter macht Woermann seinen Einfluss geltend. Mit Erfolg: Im Dezember 1883 entsendet die Bismarckregierung ein Kriegsschiff nach Westafrika, dass den deutschen Handel schützen soll. Auf der "Kongo-Konferenz" 1884/85 in Berlin sichert sich das deutsche Kaiserreich sein Stück vom afrikanischen Kuchen. In der Folgezeit baut Woermann seine Afrikageschäfte weiter aus. Handel mit Palmöl und Kautschuk, Waffengeschäfte in den Kolonien, 30 Faktoreien in Kamerun, Großplantagen und der Verkauf von Branntwein, die Woermann-Interessen in Afrika sind vielseitig. Als Mitglied der Kolonial-Gremien und in zahlreichen Aufsichtsräten sitzend ist Adolf Woermann an fast allen wichtigen Überseeunternehmungen beteiligt. Neben der "normalen" kolonialen Ausbeutung, die vor Ort die Erniedrigung, Enteignung und Proletarisierung der Bevölkerung bedeutet, ist sich Woermann auch sonst für kein schmutziges Geschäft zu schade. Gemeinsam mit dem Handelshaus Woelber & Brohm aus Bremen organisiert er den Sklaventransport zum Eisenbahnbau von Togo nach Kongo. Mit Privatarmeen gehen



die hanseatischen Geschäftsmänner gegen rebellierende Bevölkerung vor, lassen Häuser und Felder niederbrennen und ZwangsarbeiterInnen für sich schuften.

Heute...

... gehören die Profiteure und Menschenschinder von damals noch immer zur Creme von Wirtschaft und Handel. Zwar hatte die Niederlage im 1.Weltkrieg für Deutschland zum Verlust der Kolonien und für die Woermannlinie zum Verlust ihrer Schiffe geführt, aber schon in der Nazizeit ging es wieder steil bergauf. Von den Nazis initiiert, wurde die Woermann-Linie mit anderen Reedereien unter der Leitung John Essbergers zu den Deutschen Afrika-Linien zusammengefasst. Später machten die DAL dann hervorragende Geschäfte mit dem Apartheidregime in Südafrika. Im Firmensitz an der Palmaille blickt man mit Stolz auf die lange Firmengeschichte zurück und feiert die enge Verstrickung in die grausame Kolonialgeschichte Afrikas als honorigen Beitrag zu dessen "Anschluss an die übrige Welt".

Vor hundert Jahren und mehr...

... kämpfen Menschen in den deutschen Kolonien gegen ihre rassistische Unterdrückung und Ausbeutung. Wo immer die Kolonisierten sich erheben, schlagen die deutschen Kolonialherren grausam zurück. In China, in Kamerun oder in "Deutsch-Ostafrika": Bei der Niederschlagung des Maji-Maji-Aufstandes im heutigen Tansania 1905, der sich zum Guerillakrieg entwickelt wenden die Schutztruppen eine Strategie der verbrannten Erde an. Der verantwortliche Hauptmann Wagenheim erläutert, worum es ihm dabei geht: "Nach meiner Ansicht kann nur Hunger und Not die endgültige Unterwerfung herbeiführen". Diese Rechnung geht auf, auch wenn der Widerstand noch bis 1908 fortgesetzt wird.

Dem Krieg und der durch die Zerstörung von Feldern und Dörfern herbeigeführten dreijährigen Hungerkatastrophe fallen 200-300.000 Menschen zum Opfer.

Im herero-deutschen und nama-deutschen Krieg im damaligen Deutsch-Südwestafrika (Namibia) ist das Haus Woermann in besonderer Weise involviert: Hintergrund des Krieges ist die fortschreitende Zerstörung der Existenzgrundlage der Herero, die in dieser Zeit vorwiegend von der Rinderzucht leben, durch die Ansiedlung von immer mehr deutschen Farmern im Hererogebiet. Die Rinderpest von 1898 hat das Marktmonopol der Herero gebrochen und Landverluste zur Folge. Immer mehr Menschen werden zur Lohnabhängigkeit von den Deutschen gezwungen. In dieser Situation wird 1900 die Omeg, die Otavi-Minen-und-Eisenbahn-Gesellschaft, gegründet, um Kupfervorkommen im Gebiet der Herero abzubauen. Hauptabnehmer soll die Norddeutsche Affinerie sein, die zur Norddeutschen Bank gehört. Hauptaktionäre der Omeg sind Norddeutsche Bank, Deutsche Bank und Discontogesellschaft. Auch Woermann besitzt Aktien und sitzt im Aufsichtsrat der Norddeutschen Bank.

Beiderseits der geplanten Bahnstrecke werden die Herero gezwungen, Grund, Boden und Wasserrechte kostenlos abzugeben. Es ist klar, dass zahllose deutsche Siedler sich dort niederlassen werden. In dieser zugespitzten Lage entscheiden die Herero sich zum Aufstand.

"Palmaille: Brandanschlag auf Reederei
Nach einem Feuer in der traditionsreichen Hamburger Reederei "Deutsche Afrika-Linien" (DAL) ermittelt jetzt der Staatsschutz des Landeskriminalamtes. Der Verdacht: Es war ein Brandanschlag mit politischem Hintergrund.
Unbekannte hatten in der Nacht zu Montag Feuer der Firmenzentrale an der Pamaille (Altona) eingeschlagen und Brandbeschleuniger geworfen. Auf etwa 120 Quadratmetern brannten zahlreiche Büromöbel aus, bevor die Feuerwehr die Flammen löschte. Der Rauch zog bis in den vierten Stock des Bürohauses. Menschen wurden nicht verletzt, die 220 Mitarbeiter können aber bis auf Weiteres nicht mehr dort arbeiten. (...)"

Auszug aus einer Meldung des Hamburger Abendblattes vom 24.10.06

Die Pläne der Omeg sind nicht nur ein Auslöser für den Aufstand, sondern können durch den sich daraus entwickelnden Krieg um so besser vorangetrieben werden. Für die Truppentransporte wird der Bau der Bahnlinie beschleunigt, militärisch geschützt und mit einer Million Reichsmark subventioniert. Kriegsgefangene Herero werden der Omeg bevorzugt zum Trassenbau zugeteilt. Beim Krieg gegen die Herero und beim wenig später beginnenden Guerillakrieg der Nama gegen die deutsche Zwangsherrschaft gehört Woermann zu den ganz großen Kriegsgewinnlern. In eigenen halbprivaten Konzentrationslagern werden Nama und Herero zur Zwangsarbeit interniert. Zudem werden alle Militärtransporte mit Schiffen der Woermann-Linie durchgeführt.

Heute...

... haben DAL, die Deutsche Bank und Orenstein & Koppel / Terex, die die Streckenarbeiten für die Omeg durchführte, erfolgreich mehrere Klageversuche der Herero People`s Reparation Cooperation vor US-Gerichten ausgesessen. Die HPRC fordert von den genannten Firmen und von der Bundesrepublik Entschädigung für die "Anzettelung und Durchführung eines Rassenkrieges", für Völkermord, systematische Versklavung, Zwangserniedrigung gefangener Frauen und für die Zerstörung der Hererokultur.

Ein ernstgemeintes Schuldeingeständnis von Bundesregierung und Bundestag und ein Bekenntnis zu allen vom Deutschen Reich begangenen Kolonialverbrechen hat es auch hundert Jahre später noch nicht gegeben. Einzig im Fall Namibias rang sich Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul die bis dahin immer bewusst vermiedene Entschuldigung ab. Das war im Gedenkjahr 2004 - ihre hartnäckige Verweigerungshaltung in Sachen Entschädigung und Reparationen hat die Bundesrepublik seitdem nicht aufgegeben. Das paternalistische Verhalten der Bundesregierung in der Entschädigungsfrage zeugt vom Weiterleben rassistischer Überlegenheitsgefühle gegenüber afrikanischen Gesellschaften und Staaten. Alle deutschen Regierungen bis heute vertreten den Standpunkt, dass Deutschland seiner "besonderen Verantwortung" für die Ex-Kolonien mit gezielter Entwicklungshilfepolitik nachkommen würde. Folgerichtig stellte Wieczorek-Zeul 20 Millionen zusätzliche

Entwicklungshilfe für Namibia in Aussicht, als ihr Schuldbekenntnis symbolische Aktionen erforderte. (Zur Einordnung: Die Klageforderung der HPRC belief sich auf je 2 Milliarden von der Bundesrepublik und den beklagten Firmen.) Für die Verteilung und Verwendung der Gelder versucht die deutsche Seite einseitig die Bedingungen zu diktieren. Auch ihre GesprächspartnerInnen in Namibia in dieser Angelegenheit will sie selbstverständlich selbst auswählen.

Vor hundert Jahren und mehr...

...deutsche Schutztruppensoldaten sichern die Zwangsherrschaft und koloniale Ausbeutung, in inniger Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft betrieben, militärisch ab. Sie plündern, morden, vergewaltigen, foltern, zerstören. In Namibia gibt General von Trotha, nachdem die Herero am Waterberg die entscheidende Schlacht verloren haben und in die Omaheke-Wüste getrieben wurden, seinen Vernichtungsbefehl. Jeder Herero sei zu erschießen, Wasserstellen und Fluchtwege aus der Wüste werden systematisch abgeriegelt. In einem Schreiben erläutert von Trotha sein Vorgehen: Während es Stimmen gebe, die "die Nation der Herero als notwendiges Arbeitsmaterial" sähen, sei er anderer Meinung. "Ich glaube, dass die Nation als solche vernichtet werden muss". Die bei den Deutschen kursierende Rede vom "Rassenkrieg" wird Wirklichkeit.
Sich ergebende Herero und kriegsgefangene Nama werden zwar später doch als "Arbeitsmaterial verwendet", die grausame Behandlung der Gefangenen in den Konzentrationslagern setzt allerdings von Trothas Vernichtungsstrategien fort. An Hunger, Kälte, Epidemien, Zwangsarbeit und Misshandlungen stirbt annähernd die Hälfte der Internierten. Insgesamt überlebt nur die Hälfte der Nama und gerade ein Fünftel der Herero Genozid und Versklavung.

Heute...

... ist die Bundeswehr an einem EU-Militäreinsatz im Kongo beteiligt. Unter dem Vorwand, dort Wahlen zu schützen, geht es erklärtermaßen um den Zugang zu Rohstoffen und Märkten und um militärische Migrationsverhinderung. Verteidigungsminister Jung spricht von "zentralen Sicherheitsinteressen unseres Landes", die es zu verteidigen gälte, denn ohne einen befriedeten "Unruheherd Kongo" sei ein "großes Flüchtlingsproblem" absehbar. Und weiter: "Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft." Noch deutlicher wird die deutsch-europäische Afrikapolitik, die sich mit eigenen Militäreinsätzen in Konkurrenz zur USA begibt, von einem "Kongo-Experten" Badoreck auf den Punkt gebracht: "Wir müssen jetzt da hin. Da kann man im großen Stil Geld verdienen und der Kuchen wird jetzt verteilt."
... klingt doch irgendwie vertraut.

Vor hundert Jahren und mehr...

... die Deutschen daheim im Kaiserreich genießen die exotischen Kolonialwaren, fiebern mit bei den "Abenteuern" der Siedler und Händler, feiern die Schutztruppen-Mörder als Helden und erschauern wohlig bei den Berichten über "barbarische Eingeborene" oder bei den "Völkerschauen" wie im Hamburger Tierpark Hagenbeck. Kolonialliteratur ist sehr populär, rassistische Karikaturen bringen die Leute zum Lachen, Photos von Konzentrationslagern in Namibia werden als Postkarten verschickt und die Rassenforscher erhalten immer neues Anschauungsmaterial, wie die Schädel ermordeter Nama und Herero.

Heute...

...werden geraubte Kunstgegenstände aus Afrika weiterhin in "Völkerkundemuseen" ausgestellt und nicht zurückgegeben. Anlässlich des hundertsten Jahrestages des Maji-Maji-Krieges macht sich der "Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen" für das Ansehen seiner Helden stark. Für eine Entschuldigung liege kein Grund vor, Berichte über deutsche Gräueltaten seien frei erfunden und das Verhalten der deutschen Täter sei "honorig und untadelig" zu nennen.
Solche ausgewiesenen Revisionisten können sich in guter Gesellschaft wähnen, wenn sie die Opfer des Kolonialismus offen verhöhnen. Gerade enthüllten eine Hamburger Kultursenatorin und ein Wandsbeker Bezirksamtsleiter die Büste des Sklavenhändlers Schimmelmann. Auch er offenbar ein "honoriger Mann", hat er sich doch um Wandsbek verdient gemacht. Die koloniale Vergangenheit Hamburgs wird durch solche Aktionen verharmlost und gerechtfertigt. Die öffentliche Ehrung eines historischen Rassisten muss als rassistischer Akt verstanden werden.
Kolonialismus und Imperialismus haben im Laufe der Geschichte immer wieder ihre spezifischen Erscheinungsformen geändert. Immer haben sie sich dabei des vorhandenen Rassismus bedient und ihn geschürt. "Historisch" und "überwunden" werden sie erst sein, wenn diese Welt nicht mehr nach den Bedürfnissen einer kapitalistischen Verwertungslogik organisiert und zurechtgeschossen wird und wenn alle Grenzen fallen.

Dafür kämpfen wir.

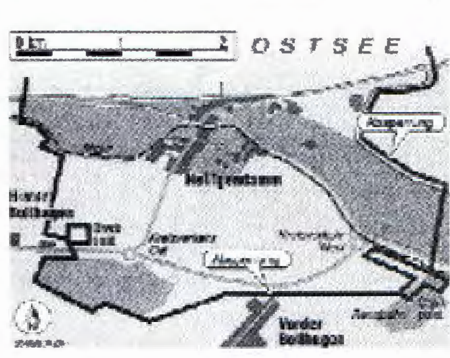
NEWS FROM THE FIELDS AND BEYONED

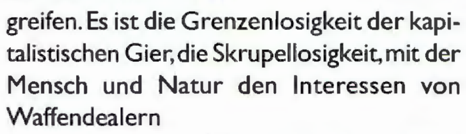
Norddeutschland kommt zum Stillstand. Überall blockierte Straßen, karnevaleske Parties in Rostocks Straßen, besetzte Flughäfen und befreihte Abschiebeknäste, eine Stimme im Radio kommentiert "Der G8 Gipfel ist durch massive Proteste gestoppt worden!" -Vielleicht lediglich sehnsüchtige Gedankenspiele zu den Gegenaktivitäten nächstes Jahr gegen den G8 in Deutschland, zumindest ist es noch ein Weg, der dahin zurückgelegt werden muss. Einer dieser Schritte, um dieses Bild Wahrheit werden zu lassen ist dieser globale Newsletter. "News from the fields and beyond" ist ein konkretes Kommunikationswerkzeug, um den Informationsfluss zwischen verschiedenen Kollektiven aus verschiedenen Ländern in der Mobilisierung gegen den G8 zu kanalisieren. Die Idee wurde im Feld auf dem "Campinski", einem Vorbereitungscamp für die G8 Proteste, das diesen August in Norddeutschland stattfand, entwickelt. Das Kollektiv, das an diesem Newsletter arbeitet, basiert auf den 5 Grundsätzen von Dissent. Wir betrachten diesen Newsletter als autonomes Projekt im Dissentnetzwerk, der linksradikalen Mobilisierung gegen den G8. Wir sind bestrebt, Informationen von allen Spektren der Mobilisierung zu veröffentlichen und für alle Spektren. In den nächsten Monaten wird dieser Newsletter Informationen aus und über Arbeitsgruppen weitergeben - in Deutschland und darüber hinaus, laufende Debatten, kommende Treffen und Aktionstage, Infopunkte und Webseiten, Neuigkeiten über die lokale Situation in Deutschland und über bereits stattgefundene Aktionen. Wie alles andere ist dieser Newsletter ein kollektives Projekt. Dies heißt: Eine Handvoll Leute haben zu wenig Zeit um Input zu geben und für die lokale Verbreitung zu sorgen. Andererseits können wir nicht dafür garantieren, dass es überall zu lesen sein wird. Stopp die G8 aber D.I.Y. (selbermachen)!
Mitte Oktober veröffentlichte die Polizei eine Karte und übermittelte den 280 EinwohnerInnen Heiligendamms, dass ihr Dorf vom Rest der Welt abgeschnitten sein wird durch einen 2,5 m hohen Zaun, der 13 km lang werden soll. In der Woche des Gipfels im Juni 2007 können EinwohnerInnen und UrlauberInnen (?) Heiligendamm mit dem Auto nur über Hinter-Bollhagen erreichen, andere Durchgänge werden nur zu Fuß passierbar sein. Es werden 15.000 PolizistInnen erwartet (dies scheint nur die Anzahl für diesen Bereich zu sein, da wir zum Gipfel insgesamt eine Menge mehr erwarten). Der Zaun allein kostet um die 10-15 Millionen Euro, bisher soll der Gipfel um die 40 Millionen Euro kosten. Aber diese nur, wenn wir sie dabei belassen...
Mehr Infos zur Mobilisierung gegen den G8 Gipfel bezogen auf Hamburg und den vollständigen Newsletter findet ihr unter: *www.hamburg.dissentnetzwerk.org*

Irgendwie kam dem Wächter der Wald immer dichter vor, und näher kam er auch...

Aufruf zu massiven und massenhaften Blockaden rund um die Rote Zone

Wir gehen wahrlich nicht erst seit Seattle und beileibe nicht nur innerhalb der Globalisierungs-Bewegung auf die Straße, um gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und für ein selbst bestimmtes Leben zu kämpfen. Aber hier tun wir es gemeinsam. Wenn sich die G8 2007 in Heiligendamm treffen, um ihr weiteres Vorgehen beim kriegerischen Ausverkauf der Welt zu planen, verkriechen sie sich in einem Käfig, denn sie wissen nur zu gut, dass die Opposition schon da sein wird und es 1001 Grund gibt, sie für ihre Politik anzugreifen. Es ist die Grenzenlosigkeit der kapitalistischen Gier, die Skrupellosigkeit, mit der Mensch und Natur den Interessen von Waffendealern und ökonomischen Warlords geopfert werden - und nicht zuletzt der Zynismus, all diese tödlichen Bitterkeiten in schöne Worte zu packen - die uns so oft zutiefst traurig, aber auch unbändig wütend macht. Aufhören damit!





Wir denken, dass die vergangenen Gipfelproteste nicht nur in praktischer Hinsicht dann am erfolgreichsten waren, wenn es gelang, die Vielfalt der emanzipatorischen Kämpfe und Aktionsformen respektvoll miteinander zu verbinden. Die Kooperation bei den G8-Protesten in Evian 2003 steht dafür ebenso wie die sich prima ergänzenden und für alle Beteiligten transparenten Demolinien in gelb, pink und blau gegen den IWF 2000 in Prag. Auch in diesem Jahr werden wir die Protestformen aller emanzipatorisch orientierten Gruppen respektieren und wünschen uns das so auch für uns.

Es ist unsere Überzeugung, dass es nichts bringt, sachorientiert an die Vernunft der Herrschenden zu appellieren oder im Schatten ihrer eskalierenden Kriegstreiberei an einer Zivilgesellschaft zu arbeiten. Uns geht es nicht darum, dass auf dem Gipfeltreffen andere Beschlüsse gefasst werden, die meist nur eine Modernisierung von Ausbeutung und Unterdrückung bedeuten. Unter dem Primat der Ausplünderung wird es mit uns keine konstruktive Zusammenarbeit geben. Wir lassen uns in unseren Aktionen nicht auf Formen festlegen, die ein Bekenntnis zur Legalität einfordern - was nichts anderes heißt, als dass wir dazu genötigt werden sollen die herrschende Ordnung anzuerkennen. Wir wollen nicht, dass unsere Aktionen die Unterwerfung unter eine Ordnung symbolisieren, die täglich tausende Menschen um die Ecke bringt. Vielmehr werden wir all denen, die für dieses organisierte Verbrechen verantwortlich sind ein entschiedenes NEIN und so manches andere mehr entgegen schleudern!

International Mass Attacks - den Gipfel versenken!

Um Anlauf zu nehmen und den Ablauf des Treffens möglichst umfassend zu stören, setzen wir auf einen Ring größerer und kleinerer Blockaden, massiv und massenhaft, vielfältig und dezentral, die den G8 mit der Zeit immer näher auf die Pelle rücken. Das kann neben klassischen Massenblockaden auch das Errichten und gegebenenfalls die Verteidigung von Barrikaden, Direkte Aktionen von kleineren Bezugsgruppen oder auch das Binden von Polizeieinheiten durch den Black Bloc beinhalten. Angriffspunkte gibt es genug.

Auch wenn die obersten RepräsentantInnen der acht führenden Industrienationen sich direkt in Heiligendamm treffen werden, spielt sich das Gipfelgeschehen über mehrere Tage und auf vielerlei Treffen ab. Für das 'Gelingen' eines Gipfels im Sinne eines reibungslosen Ablaufs braucht es eine Vielzahl an ÜbersetzerInnen, ah Delegationen von politischen Beamten und so genannten Fachleuten, an Sicherheits- und Cateringpersonal, an Schreiberlingen und SchönrednerInnen und nicht zuletzt die Versorgung all dieser 5000-10.000 Teilnehmerinnen mit Essen, Trinken bis hin zu so was banalem wie Toilettenpapier.

Dadurch erweitert sich das potenzielle Störfeld auf die Unterbringungsorte der oben genannten und die Wege, die sie im Verlauf des Gipfels nehmen müssen. Hier sind alle aufgefordert, große und massenhafte Blockaden nicht nur auf dem zentralen Zubringe von Bad Doberan nach Heiligendamm zu platzieren, sondern rund um die gesamten Zufahrten zum Gipfelort sowie von und zu den Übernachtungslocations. Damit können AktivistInnen gut entscheiden, ob sie lieber Bezugsgruppenaktionen im Schutz von größeren Blockaden vornehmen wollen oder der Errichtung nachhaltiger Blockaden den Vorzug geben. Die Entzerrung der Aktionsorte begünstigt die Vielheit der Protestformen und setzt uns in freudige Erwartung eines Festivals internationaler Aktionen.

In den bisherigen Debatten um eine Choreographie der Proteste kristallisiert sich der Vorabend des Gipfelbeginns und der erste "echte" G8-Tag als koordinierter Zeitraum massenhafter Blockaden heraus. Ob am nächsten Tag weiter blockiert oder die Rote Zone in Angriff genommen werden wird ist noch nicht absehbar. Klar ist aber, dass für das wirkungsvolle Agieren rund um den Gipfel ständig zeitnahe Informationen benötigt werden - eine Aufgabe, die auf Camps und von dezentralen Infopunkten abgedeckt werden wird.

Unser Ziel:
Völliger Verkehrskollaps von und nach Heiligendamm
Für globale soziale Rechte und ein ganz anderes Ganzes

PAULA
[überregionales Plenum - antiautoritär - unversöhnlich - libertär - autonom]
Ende September 2006

DÉJÀ VU!

oder

NEVERENDING STORY?



Die Filmreihe im B-Movie, die im Oktober 2005 Pornos aus den 70ern mit dem unreflektierten Beisatz "und lasst unsere Sitze sauber" ins Visier nahm, war nur einer von vielen Anlässen für uns, wieder mal verschärft über heteronormativen Sexismus in dieser Stadt und in der Szene (wer immer das sein mag) zu diskutieren. Auch die Diskussion rund um TacaTacaTa tat das ihrige, zu überlegen, wie sich hierzu zu positionieren sei: Boykott der Veranstaltungen? Veranstaltungsver-bot für die Gruppe in der Flora fordern? In die Diskussion einsteigen? Oder "Auch egal"?

Wie die persönlichen Geschmäcker nun auch sein mögen, egal was für die eine geht und für den anderen schon nicht mehr, auffällig ist doch, dass so Einiges veranstaltet und auf Plakaten abgebildet wird, was noch vor einiger Zeit zumindest als "sexistische Don'ts" in der sog. Linken definiert worden wäre; somit nicht öffentlich stattgefunden oder zumindest zu Diskussionen und Gegen-Aktionen geführt hätte.
Woran liegt's also, dass Sexismus in der eigenen Homebase schon lange nicht mehr intensiv und auf breiter Basis diskutiert worden ist? Sind sie ausgestorben, die Menschen, die sexistische Praxis leben? Hat die sog. Linke nun alles gelernt, was zu lernen war und ist drüber weg? Wohl kaum. Ist offen gelebter Sexismus (wieder) salonfähig, weil er Menschen über den Vorwurf der Spießigkeit und Lustfeindlichkeit erhebt? Ist das nun die genervte Reaktion auf Don'ts (für die einen Tabus, für die anderen erkämpfte Freiräume) der 80er und 90er?

Stellungnahmen zweier politischer FrauenLesbenQueergruppen haben dieses Wahrnehmungs- und Diskussionsvakuum vor kurzem wieder zum Thema gemacht, was wir sehr begrüßen. Auch wir finden, das Maß der alltäglichen sexistischen Praxen ist mal wieder mehr als voll. Allerdings nervt der Fakt, dass es schon wieder FrauenLesbenQueerGruppen sind, die das Thema anstoßen (müssen), weil es sonst offenbar niemanden wirklich stört. Ein Umstand, der, wie wir finden, sich deutlich ändern sollte. Wir haben es satt, dass FrauenLesbenQueers als gediegene Anti-Sexismus-Expert_innen gehandelt werden, die Antworten parat haben sollen, weil wir anscheinend per Identität zur Auseinandersetzung verdammt sind. Außerdem heißt es eben nicht, dass wer sich als weiblich definiert (oder Kategorie Frau) per se antisexistisch sei oder handeln würde.

Uns geht es hier nicht darum, Verhaltenskodexe aufzustellen, wie auf welche der Aktionen konkret zu reagieren sei. Wir halten es für sinnvoller, den wieder salonfähig gewordenen Sexismus offen zu diskutieren. Dies ist ein Aufruf an alle, sich mit dem Thema zu beschäftigen, Sensibilität dafür zu entwickeln und endlich (wieder) hinzuschauen und sich klar zu positionieren.

In unserer eigenen Auseinandersetzung mit der Thematik haben wir uns u.a. mit folgenden Fragen auseinandergesetzt, die wir zum Teil für uns beantworten konnten, andere sind offen geblieben.
Was ist passiert, dass es scheinbar in letzter Zeit immer weniger Konsens über antisexistisches Verhalten gibt? Und warum werden längst erkämpfte Positionen, wie beispielsweise antisexistische Darstellungs- und Handlungsweisen, wieder in Frage gestellt? Warum sind selbst offen sexistische Plakate etc. aus der Linken inzwischen an der Tagesordnung? Ist sexistisches Verhalten scheinbar tolerierbarer als rassistisches, faschistisches etc.?
Dazu nur mal zwei kurze Szenen jeder beliebigen Demo: "so scheiße wie du aussiehst, ist ja klar, dass du bei den Bullen bist" oder einfach "Fotze" zu einer Frau in Uniform... Wie verhalten sich die Genossen und Genossinnen außen rum? Meist passiert gar nichts. Einige verziehen vielleicht noch das Gesicht, wechseln an eine andere Stelle der Demo, ab und an ein kurzes Stöhnen.
Was wäre, wenn aus derselben Demo heraus ein Bulle rassistisch oder antisemitisch beschimpft würde?
Natürlich hinkt der Vergleich auf eine Art. Aber er hinkt auch deshalb, weil den Vorfällen so unterschiedliche Schwere beigemessen wird. Wir halten es jedoch für falsch Diskriminierungs- und Verfolgungsformen unterschiedlich in ihrer Schwere zu hierarchisieren. Ebenso wie Menschen, die zum Opfer faschistischer und rassistischer Gewalt geworden sind, sind auch Menschen , die von sexualisierter Gewalt und Sexismus betroffen sind, systematischer Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt.
Sexistisches Verhalten will ebenso wie sexualisierte Gewalt, die bestehenden Geschlechter-hierarchien- und Machtverhältnisse aufrecht erhalten und tut dies auch faktisch mit Sprache, Bildern, Verhaltensweisen und Taten. Warum also ist hier die Schmerzgrenze so viel niedriger? Warum wird so wenig über Dominanzgebahren, Übergriffe, Angriffe, sexualisierte Gewalt und diskriminierende Darstellungen von Weiblichkeit diskutiert? Weil es scheinbar eben nicht die eigene Identität betrifft und der eigene Sexismus so tief sitzt? Weil die eigene privilegierte Rolle nicht in Frage gestellt werden soll? Ist antisexistische Praxis deshalb schwieriger zu etablieren, weil wir scheinbar stärker als bei anderen Themen unser eigenes Verhalten in Frage stellen und Dinge verändern müssten, obwohl sie uns durchaus alltäglich Vorteile bringen? Hat sich der antisexistische Konsens geändert oder gab es nie wirklich einen?

Bei der Diskussion dieser Aspekte kam auch bei uns die Frage auf, welche der alten Grundsätze ungeändert Bestand haben und bei welchen eine weitere Auseinandersetzung notwendig ist. Hier einige unserer Positionen.

Bei sexualisierter Gewalt /Übergriffen
Nach wie vor unumstößlicher Grundsatz ist unserer Meinung nach, dass die Definitionsmacht bei sexualisierter Gewalt bei den Betroffenen liegt. Das verstehen wir immer noch als grundlegenden Konsens. Selbstverständlich definiert die/der Betroffene, was es ist/war und wird nicht in Diskussionen darüber verwickelt, dass es ja auch anders bewertet werden könnte. Denn eine Infragestellung der Definitionsmacht entspräche einer Reproduktion der heteronormativen Machverhältnisse.

An dieser Stelle einen Satz zu dem immer wieder angeführten Einwand des "Missbrauchs mit dem Missbrauch". Diese Argumentation ist genauso platt wie realitätsfern. Das Outen eines Täters zieht leider auch in der Linken für Betroffene so viele Nachteile und schwerwiegende Konsequenzen nach sich, dass viele Betroffene selbst bei schweren Vorkommnissen vor einer Veröffentlichung zurückschrecken. Diskussionen, die den Tathergang und damit immer auch die betroffene Person in Frage stellen, sind alles andere als hilfreich. In keinster Weise wird dadurch die notwendige Parteilichkeit und Solidarität entwickelt, die für Betroffene von entscheidender Bedeutung ist.

Wenn Betroffene sich als solche outen, hat das unserer Meinung nach immer einen realen Hintergrund.
"Opfer"schutz hat für uns höchste Priorität. Das bedeutet, Ausschluss des Täters. Hamburg ist groß genug, da müssen sich Täter nicht weiter in den Räumen der Betroffenen aufhalten.

Bei sexistischem Verhalten
Sicher, eindeutiges Verhalten gegenüber sexistischen Aktionen, Übergriffen und Äußerungen ist nicht immer einfach. Zumal die Definition dessen, was sexistisch ist, wesentlich vom subjektiven Empfinden abhängig sein kann, was sich auch in der Praxis deutlich zeigt. Während sich bei Übergriffen immerhin noch der eine oder andere klare Entschluss zeigt, scheint es Schwierigkeiten zu geben, wie auf Mackerverhalten, sexistische Sprache und Darstellung zu reagieren sei.
Es gibt weder eine allgemein festgelegte starre Definition noch ein fertiges Kochrezept wie Anti-Sexistische Praxis auszusehen hat. Vielleicht war ja auch genau das der Irrglaube der 80er und 90er, dass davon ausgegangen wurde, mensch müsste es nur klar definieren und dann sei alles kein Problem mehr. Einmal festgelegt, nie wieder diskutiert und hinterfragt.
Chancen, die eigene sexistische Praxis zu verändern, bestehen jedoch nur dann, wenn im ständigen Prozess Standpunkte anderer kennengelernt werden, sich ausgetauscht und über die eigene Alltagspraxis reflektiert wird. Nur dann können Kopfbaustellen beackert und verändert werden, so dass aus ihnen anitisexistische Praxen wachsen. Und dabei geht es nicht darum, wer schon am reflektiertesten ist und damit den Anti-Sexismus-Pokal gewonnen hat.
Wir meinen, es ist notwendig, sich zu verhalten und eine solidarische Auseinandersetzung zu führen unter Beachtung der herrschenden Geschlechterverhältnisse. Denn es sind eben nicht private Konflikte, wenn sexistische Übergriffe geschehen, sondern Aktionen, die bestehende Herrschaftsverhältnisse reproduzieren sollen und dies auch tun.

Für uns erscheint eine erneute Diskussion nach dem "wo wollen wir hin?" und "wie wollen wir denn eigentlich leben?" unabdingbar. Denn jeder sexistische Angriff ist ein Schlag in die Magengrube und ja, wir merken sie alle und es verletzt immer noch. Wir haben uns an nichts gewöhnt und die Masse macht nichts besser.
Was wir wollen ist eine Weiterentwicklung, in der antisexistische, antirassistische, antifaschistische und antikapitalistische Praxen gleichberechtigt zueinander stehen, um der Utopie einer solidarischen Gesellschaft näher zu kommen.
Sexismus ist eben kein Nebenwiderspruch, ebenso wenig wie Rassismus und Faschismus.

flash, okt.06



Offener Brief von Taca taca tá

Taca taca tá ist ein gemeinnütziger Verein, der in erster Linie Partys, Konzerte und Kulturveranstaltungen organisiert. Unser Arbeitsfeld ist also vor allem die Kulturarbeit.

Seit etwa fünf Jahren arbeiten wir aktiv in der linken Szene. Unsere Partyreihe "El Baile!" findet seit Ende 2000 in der Roten Flora statt. Wir haben einige Soli-"Bailes" mit und für Organisationen und politische Gruppen gemacht, deren Arbeit wir unterstützen und auch private Solipartys, um illegalisierten Freunden mit medizinischen Problemen zu helfen. Regelmäßig wurden wir als ehrenamtliche DJ's, bei verschiedenen politischen Demonstrationen und Partys von Lesben- und Schwulenorganisationen eingeladen. Trotzdem versteht sich Taca taca tá nicht als eine politische Organisation. Politischer Aktivismus oder politische Diskussion sind nicht grundsätzlich Aufgabe von Taca taca tá.

Mit diesem offenen Brief wollen wir auf eine in der Mai-Juni Ausgabe der Zeck erschienenen Artikel reagieren, die alte Vorwürfe beinhaltet, -die wir und viele der in der Diskussion beteiligten Personen und Organisationen zum großen Teil für geklärt hielten-, um sie zum wiederholten mal öffentlich zu klären.

Im Folgenden werden wir versuchen, die Ereignisse zu rekonstruieren (keine leichte Aufgabe, weil sie zum Teil vor länger als drei Jahre stattfand), aus denen die Anschuldigungen stammen.

Bei unserer Party in der Flora im April 2003 hat einer der Gäste einen der Veranstalter,

K., aufgefordert, einen Gast hinauszuwerfen. Es handele sich um einen Vergewaltiger. K. war in diesem Moment damit beschäftigt, ein dringendes technisches Problem zu lösen und hat geantwortet, dass er sich um sein Problem nicht kümmern könne - in einem Ton, der durch die dringliche Lage inmitten einer Party mit 600 Gästen geprägt war.

Um diesen Vorfall zu klären und zu diskutieren, haben wir in Folge ein Treffen einberufen. Nach einer ausführlichen Diskussion und einer Bedenkzeit beschlossen wir, diese Person (dem Vergewaltiger) zu verbieten, in der Zukunft unsere Partys zu besuchen. Diese Entscheidung wurde nicht öffentlich gemacht. Wir schickten eine E-Mail an C., einer Frau, die unser Verhalten auf der Party kritisiert hatte, dass wir dieser Person mitgeteilt hatten, ihn von unseren Partys auszuschließen. Weiterhin baten wir sie darum, diese Entscheidung allen mitzuteilen, die daran interessiert sein könnten. Uns wird der Vorwurf gemacht, wir hätten bei der oben genannten Diskussion Lesben beleidigt, wir hätten sexistische, homophobe und frauenfeindliche Äußerungen gemacht. Uns kann vorgeworfen werden einen politischen Fehler begannen zu haben. K. und A., zwei Mitglieder unserer Gruppe, waren der Meinung, dass M. (so sein Name) in Ruhe gelassen werden sollte, da er wegen seines Verbrechens strafrechtlich verurteilt wurde, eine jahrelange Therapie gemacht hatte, seine tiefe Reue bekundet hat und damit bemüht war, sein Leben wieder in Ordnung zu bringen.

Später ließen wir uns jedoch davon überzeugen, dass die richtige Haltung als Veranstalter, unabhängig von unserer persönlichen Meinung (M. war in der Tat ein Freund von K. und A.), die Distanzierung ist, weil viele Gäste (z.B. Opfer sexueller Gewalt) mit seiner Anwesenheit sich belästigt fühlen könnten und weil in den alternativen Räumen der Ausschluss von Sexualverbrechern gewährleistet werden muss.
Im Vorfeld dieses Treffens und während eines privaten Gesprächs zwischen C. und A. hat A. eine Aktion gegen den verurteilten M. kritisiert, bei der Flugblätter an dessen Arbeitsstätte verteilt werden sollen, um ihn als Vergewaltiger zu outen. In diesem Zusammenhang hat A. gesagt: "Stell dir vor, jemand würde dich als Lesbe in einem lesbenfeindlichen Umfeld denunzieren". Dieser vor drei Jahren ausgesprochene Satz verdient nicht nur in die Annalen der krassesten rhetorischen Fehler einzugehen, macht in der Tat einen unangebrachten Vergleich. A. hat in einem öffentlichen Treffen im Januar und bei einer schriftlichen Entschuldigung an C. bereits erklärt, dass er nie die Absicht hatte weder Lesben mit Vergewaltigern zu vergleichen, noch sie gleich zu stellen, noch C. persönlich zu beleidigen. Hinter diesem Satz steckt keine lesbenfeindliche Haltung. Dabei ginge es um eine Kritik der Denunziationskultur.

Wir von Taca taca tá, und wahrscheinlich, alle die A. etwas kennen, können bestätigen dass A. kein Sexist ist und, dass er keine lesbenfeindlichen Absichten hat oder vertritt. Die Menschen versprechen sich eben manchmal oder benutzen eine unangebrachte Formulierung. Aus diesem Satz, der vor drei Jahren ausgesprochen wurde, jetzt den Schluß zu ziehen ein Verein wie Taca taca tá sollte aus den linken Räumen rausgeschmissen werden, halten wir für fundamentalistisch, zumal A., auf den Vorwurf des Täterschutzes hin mehrmals den Sinn seines unglücklich formulierten Wortlauts erklärt, und sich dafür entschuldigt hat. Alle anderen linken Gruppen und DJ-Kollektive die uns nach einer Erklärung von dem bösartigem Gerücht "Taca taca tá vergleicht Vergewaltiger mit Lesben" gefragt haben, haben sie akzeptiert, weil sie uns und unsere Arbeit kennen, und besser informiert über den Verlauf des ganzen Konfliktes und dessen Protagonisten sind.

Uns wird auch vorgeworfen, C. bedroht und sie telefonisch eingeschüchtert zu haben. Folgendes ist tatsächlich geschehen: Im Oktober 2005, kurz vor einer von uns organisierten Soliparty zu Gunsten der Jugendabteilung des FC Sternschanze hat H., Mitgliederin von der Jugendabteilung des FCSs, A. berichtet, dass C. sich an sie gewendet hat, um ihr zu sagen dass "Taca taca tá Vergewaltiger auf seine Partys zulässt" und das ein Verwandter von C. behauptet, Taca taca tá mache keine saubere Abrechnungen bei Solipartys. Angesichts dieser Verleumdungen hat A. C. angerufen, um mit ihr darüber zu reden und eine Erklärung zu verlangen. Sie weigerte sich. Daraufhin forderte A. sie darauf, Taca taca tá nicht weiter zu diffamieren und sagte: "Es ist auch für dich selbst nicht gut, falsche Gerüchte zu verbreiten". Die insgesamt zwei Anrufe wurden in der Absicht gemacht, den Dialog zu suchen - den sie ablehnt- , niemals um sie zu bedrohen oder sie einzuschüchtern.

Hier müssen wir nun betonen dass unsere Haltung immer die des Dialogs und der Auseinandersetzung gewesen ist. Diffamierung, Verbreitung von Gerüchten und das Schüren von Feindlichkeiten innerhalb oder außerhalb der linken Szene ist definitiv kein Teil unserer Arbeit. Wir sind genug damit beschäftigt, unsere Partys und Kulturveranstaltungen umzusetzen, die in erster Linie dazu dienen, die verschiedensten Menschen zusammenzubringen, um miteinander Spaß zu haben, in einem Umfeld von Respekt und Nachsicht. Auf unsere Partys wird auch getanzt, -ja, manchmal sehr eng getanzt-, geflirtet, geknutscht, usw., völlig legitime Praktiken (egal ob zwischen Männern und Frauen, Frauen und Frauen, oder Männern und Männern), ja sogar wünschenswert, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruhen. Nicht toleriert werden bei uns sexuelle Belästigung und Nötigung, was zum Glück sehr, sehr wenig vorkommt. In solchen Fällen schmeißen wir die Leute raus, die diese elementaren Regeln des Feierns nicht respektieren, selbst wenn wir dabei blutende Nasen kriegen, wie ein Mal schon passiert ist.

Und so wie unsere Haltung die des Dialogs und der Auseinandersetzung gewesen ist, ist sie auch die des Zuhörens und des Lernens, die der Anerkennung der eigenen Fehler und der ehrlichen Absicht, sie zu verbessern.

Dass bei der Gruppe "wütende Zähne" der Eindruck entstanden ist, wir würden uns der Auseinandersetzung nicht stellen und aus politischer Kritik ein persönliches Problem unserer Kritikerin machen, bedauern wir. Wir halten es für eine falsche Unterstellung. "Wütende Zähne" hat die Auseinandersetzung mit uns nicht gesucht. Die Gruppe ist anonym gegen uns aufgetreten und hat bisher keine Gelegenheit gegeben, auf die Vorwürfe zu antworten. Stattdessen veröffentlicht sie einen sehr aggressiven (um es milde auszudrücken) Artikel, lässt ihn im Radio vorlesen und ihn als flyer auf Demos verteilen.

Abschließend wollen wir zum wiederholten Mal unterstreichen, dass Taca taca tá die Vergewaltigung und die zwischenmenschlichen sexuelle und physische Gewalt aufs schärfste verurteilt. Taca taca tá verurteilt ebenso den Sexismus und die sexuelle Diskriminierung. Taca taca tá steht für Rechte- und Möglichkeitsgleichheit zwischen Männern und Frauen und Heterosexuellen und Homosexuellen.

In der Hoffnung alle Unklarheiten beseitigt zu haben, laden wir alle ein, falls zukünftig Kritik und Meinungsverschiedenheiten auftreten sollten, eine konstruktive Haltung anzunehmen und den Dialog mit uns zu suchen.

Taca taca tá

Verfahren gegen FSK-Redakteur endet mit Verwarnung

Recht unspektakulär ging das Verfahren gegen einen FSK Redakteur, dem vorgeworfen wurde, im Oktober 2003 ein nicht autorisiertes Interview mit einem Polizeipressesprecher aufgenommen und gesendet zu haben, zuende: nach fast drei Jahren und einer Sprungrevision verzichtete das Gericht auf eine Strafe und sprach lediglich eine Verwarnung aus. Diese wurde mit einem Strafvorbehalt von 40 Tagessätzen belegt, die im Wiederholungsfall fällig werden. Der Rechtsbeistand des Redakteurs, Rechtsanwalt Ralf Ritter kommentierte: Verwarnung ohne Strafzahlung: das gibt es normalerweise nur für Polizisten.

Bei Betrachtung der Vorgeschichte des Falls ist dieser Ausgang erstaunlich: Im ersten Prozeß vor dem Amtsgericht Hamburg war der Redakteur noch zu 80 Tagessätzen, insgesamt 2000 Euro verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte damals eine Geldstrafe von 90 Tagessätzen gefordert: knapp unterhalb einer Vorstrafe. Für die Beweisaufnahme hielten Polizei und Staatsanwaltschaft es seinerzeit für nötig, überfallartig einen Nachmittag lang drei Hundertschaften Polizei in den Hinterhof und in die Studioräume des FSKzu schikken. Die Ordnungshüter setzten die Pressefreiheit außer Kraft, hinderten Redakteure am Betreten des Studios, postierten sich in voller Kampfmontur in den Studios und drohten damit, "den Saft abzustellen", wenn ein Wort über die laufende Polizeiaktion über den Äther ginge. Nebenbei ließ man ein paar Aktenordner mitgehen, von denen man sich offenbar Aufschluss über die Organisation des Senders versprach. Schließlich wurden die Studio- und Büroräume des FSK genau vermessen und abfotografiert. Anschließend zog die Armada weiter zur Privatwohnung des beschuldigten Redakteurs und durchsuchte sie ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluß. Auch die Privaträume wurden rechtswidrig abgelichtet. Derselbe Staatsanwalt, der damals das martialische Aufgebot anführte, sich in der Privatwohnung wie im Sender aufgehalten hat und dem die Rechtswidrigkeit der Fotografien in der Wohnung des Angeklagten zwischenzeitlich richterlich bescheinigt worden ist, plädierte nun vor Gericht immer noch auf eine Geldstrafe von 50 Tagessätzen. Das Gericht erkannte dagegen, dass die Motivation des Angeklagten ehrenhaft gewesen sei und ein hoher Aufklärungsbedarf der Öffentlichkeit bestanden habe.

Nach drei Jahren endlich drückt sich nun also im Strafmaß aus, was das Vergehen von Anfang an war: eine Bagatelle. Ein Radioreporter ruft in der Polizeipressestelle an, nennt seinen Namen und seine Funktion, führt ein Gespräch mit einem Polizeipressesprecher, zeichnet dieses auf und sendet es ohne explizite Freigabe. Der Pressesprecher wird von übergeordneter Stelle darauf hingewiesen und muss erfahren, dass er in dem Gespräch keine glückliche Figur macht. Statt nun auf dem Dienstweg über die Landesmedienanstalt den Sendungsmitschnitt anzufordern, zog man es vor, Kampfmonturen anzuziehen und dem Sender selbst einen Besuch abzustatten. Der Schaden für den Betroffenen, den Pressesprecher der Polizei, war gleich null. Er hätte, so gab er in der ersten Hauptverhandlung zu Protokoll, das gleiche in einem explizit freigegebenen Interview gesagt, sich lediglich etwas kürzer gefasst.

Der damalige Einsatz, das Gerichtsurteil macht es deutlich, steht in keinem Verhältnis zum Vergehen und hatte nur einen Sinn: man wollte einen Radiosender, welcher der Hamburger Polizei ein Dorn im Auge ist, einschüchtern und seine Strukturen auskundschaften. Gegen diese Praxis ist auch weiterhin eine Klage des Senders beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Gescheitert ist die Polizei mit ihrem Vorgehen gegen den Sender schon jetzt: FSK hat sich zu keinem Zeitpunkt von dem Polizeieinsatz beeindrucken lassen und versorgt weiterhin seine HörerInnen mit Informationen. Auch solchen, die nicht in den Polizeipressemitteilungen stehen. Neben vielen anderen Dingen natürlich. Viele BewohnerInnen der Stadt sind erst durch das Vorgehen der Polizei gegen FSK darauf aufmerksam geworden, wie in Hamburg mit der Pressefreiheit umgegangen wird. Über die Stadtgrenze hinaus wurde der Fall ein Anschauungsmaterial 'Hamburger Verhältnisse'. Diese Verhältnisse haben mittlerweile (unter CDU Alleinregierung) weitere Auswüchse erfahren.

In der März-Landespressekonferenz zur Entlassung des ehemaligen Justizsenators Roger Kusch wurden durch einen FSK Redakteur die wiederholten gerichtsnotorischen Rechtsbrüche der Hamburger Polizei bei unterschiedlichsten Anlässen festgestellt. Die Frage nach Konsequenzen wehrte der Erste Bürgermeister der Stadt Hamburg mit der Bemerkung ab, der Innensenator sonne sich in erstklassigen Umfragewerten. Noch während dieser Pressekonferenz begann Ole von Beust, Journalisten der Stadt juristische Konsequenzen für Veröffentlichungen aus dem PUA Feuerbergstraße anzudrohen, was er anschließend mehrfach wiederholte bzw. wiederholen ließ.

Die kritische Öffentlichkeit wird genau zu beobachten haben, wo die nächsten staatlich definierten Geheimnisse zum Ausschluss der Öffentlichkeit und der Verfolgung von Aufklärung ansetzen. Besondere Aufmerksamkeit befarf nach Sicht des FSK auch ein anderer Fall: Seit nunmehr ca. eineinhalb Jahren gibt es in Hamburg ein Ermittlungsverfahren, zu dessen Legitimierung eine Gruppe Menschen zur 'kriminellen Vereinigung' erklärt wurde. Ihre Wohnungen sowie diejenigen ihrer Eltern wurden durchsucht und durchwühlt, seitdem ohne jeden Hinweis auf irgendeine 'kriminelle Betätigung'. Diesen Menschen ist über einen langen Zeitraum kein nichtobserviertes Zusammentreffen mit anderen Menschen möglich gewesen.

Das Grundrecht auf Versammlungs- Meinungs- und Vereinigungsfreiheit ist ihnen genommen worden, alles aufgrund einer bloßen Bezichtigung, deren Beleg Polizei, Staatsschutz und Staatsanwaltschaft schuldig bleiben. Auch in diesem Fall ist anzunehmen, daß die polizeilichen Maßnahmen politische Verfolgung im engeren Sinn darstellen und so dann auch juristisch verhandelt werden.

Das fast dreijährige Verfahren gegen den FSK Redakteur stellt einen der glücklichen Fälle dar, in denen polizeiliche Einschüchterungsmaßnahmen ins Leere laufen können. Dafür haben wir uns auch bei unseren HörerInnen und UnterstützerInnen zu bedanken, u.a für die Spenden auf unser Prozesskostenkonto. Nicht einmal mit den schönen Grundrissskizzen des Studios übrigens wird die Hamburger Polizei etwas anfangen können: Seit dem 15. Juli 2006 logiert das Freie Sender Kombinat nicht mehr im Schulterblatt, sondern ist umgezogen in die Eimsbütteler Chausse 21. Herzlich willkommen!

Und noch immer gilt: Wer die Arbeit des FSK langfristig unterstützen will, ist herzlich dazu eingeladen, Fördermitglied zu werden!

Mit harten Bandagen

Ein offener Brief an den Verfasser von "Wo *einige nicht verstehen wollen, oder: Wie man persönliche Interessen als Kritik an FSK verkauft*"

Lieber JES, du kämpfst ja mit harten Bandagen! Wir seien eine "zuschauende Minderheit", der es zu mühsam sei, über längere Zeit an den Diskussionen im Radio teilzunehmen. Das von sieben Radiosendungen öffentlich beklagte Mobbing und die Atmosphäre von Einschüchterung gebe es gar nicht, und unsere Kritik, dass ein kleiner Klüngel im FSK dabei ist, den Sender zu seinem Privatprojekt zu machen, diene lediglich unseren (leider nicht näher erläuterten) "persönlichen Interessen".

Dass du uns Zitate unterschiebst, die in unserem Text nicht vorkommen, und dass du größere Teile deines eigenen Textes aus einem Papier der Gruppe Radio Loretta abgeschrieben hast, ohne das kenntlich zu machen: geschenkt. Dieses Vorgehen mag dem Eifer geschuldet sein, mit dem du uns anklagen wolltest. Woher aber dieser Eifer?

In den Monaten, in denen du Mitglied unserer Gruppe warst, hast du doch noch das Gegenteil vertreten.

Heute schreibst du über uns: "Natürlich, man kann sich ausrechnen, dass eine Mehrheit manche Dinge anders sieht und anders möchte, man sich also mit den ureigensten Vorstellungen nicht ohne Probleme und Diskussionen wird durchsetzen können. Und da scheint es allemal bequemer, von außen Druck zu machen (...)." Damals fandest du (in deiner eigenen Radiosendung, Mitschnitt unter www.reclaimtheradio.net): "Das Problem ist ganz einfach, dass wir im FSK mittlerweile in einer Situation sind, wo Mehrheiten nicht mehr bereit sind, über bestimmte Dinge zu diskutieren, sondern qua Mehrheit ihre Position durchsetzen."

Damals wolltest du auch dafür kämpfen, dass das Sendeverbot gegen deinen Redaktionskollegen Wolfgang aufgehoben wird. Heute findest du dieses Verbot lediglich "zum jetzigen Zeitpunkt (...) unnötig". Einen Absatz zuvor bedauerst du, dass Wolfgang nicht schon früher Sendeverbot erhalten habe, denn: "Wer so handelt (...hat) in diesem Projekt nichts mehr verloren." Dabei beziehst du dich auf die Klage, die Wolfgangs damalige Radiogruppe gegen das FSK angestrengt hat. Unerwähnt lässt du, dass sämtliche UnterzeichnerInnen unseres Textes diese Klage schon immer abgelehnt haben - bis auf Wolfgang, der sich seit dem Gang zum Gericht aber wiederholt davon distanziert hat. Unerwähnt lässt du auch, dass du trotz der Klage weiterhin jahrelang mit Wolfgang zusammen die Radiosendung "Info Knast und Justiz" gemacht hast - und noch zu dem Zeitpunkt, an dem du deinen Text veröffentlicht hast, den größten Teil der Zuarbeit für deine Sendung (Recherche, Interviewpartner finden und kontaktieren etc.) insgeheim von Wolfgang hast machen lassen. So viel zum Thema Konsequenz.

Recht hast du allerdings in einem Punkt: Bei unserer Kritik der Demosendung vom 31.5. haben wir einen Fehler gemacht. In der Sendung wurde tatsächlich ein Aktivist auf der Straße interviewt. Unsere gegenteilige Behauptung nehme ich im Namen aller Unterzeichnenden mit Bedauern zurück. An der Substanz unserer Kritik - auch der Kritik an jener Sendung - ändert das jedoch nichts. Einen Mitschnitt und ein Transkript der Sendung haben wir auf unsere Webseite www.reclaimtheradio.net gestellt.

Sven / Salon Rouge
www.reclaimtheradio.net

Krise? Welche Krise?

Es lässt sich nicht "beweisen", dass das Programm des FSK immer gleichförmiger wird und immer weniger Leute es hören. Im Übrigen hat der Sender in den Neunzigern damit geworben, "Radio zum Abschalten" zu machen. Deshalb ist die dürftige Qualität, in der sich große Teile des FSK-Programms heute präsentieren, gar kein Problem und eine Diskussion über den Zustand des Senders unnötig.

Mit grob zusammengefasst diesen Argumenten begegnet die AnbieterInnengemeinschaft (AGB, das Deligiertenplenum des FSK) der Kritik, mit der wir unseren Text "Wo einige gleicher sind" eingeleitet haben. Das Freie Sender Kombinat, so der Tenor der AGB-Antwort, sei in bestem Zustand. Verschiedene Fraktionen der Hamburger Linken arbeiteten in dem Projekt zusammen, debattierten offen, kritisch und konstruktiv - und heraus käme ein revolutionäres Radio. Einzig ein paar Dauerquerulanten mit Neigung zu Antisemitismus und Wehrmachtsglorifizierung störten das Bild. Das Sendeverbot gegen Wolfgang sei erstens darin begründet, dass er sich einer Auseinandersetzung über eine Sendung verweigert habe, in der es antisemitische Äußerungen gegeben hat, und zweitens Absprachen nicht eingehalten haben.

Diese Begründung wird durch das ABG-Protokoll widerlegt, in dem das Sendeverbot aufgehoben wurde, welches nach der besagten Sendung gegen Wolfgang verhängt worden war. Dort nämlich steht, er dürfe wieder senden, weil er "die Kritik eingesehen" habe. Um zu wissen, dass auch der Rest der Darstellung wenig mit der Realität zu tun hat, braucht man nur zuweilen mal FSK einzuschalten: Der immer geringer werdende Wortanteil des Programms verkommt immer mehr zum Privatprojekt eines Klüngels. In stets neuen Texten stets neue schöne Worte über den angeblich revolutionären Charakter und das vorbildliche Funktionieren des eigenen Projektes zu machen mag dem Ego schmeicheln - dem Projekt schadet es. Nach mehr als zehn Jahren FSK ist es Zeit, ehrlich und selbstkritisch zu debattieren, was von der Idee eines freien Radios in der Praxis geblieben ist, wo das FSK heute steht und welche Bedeutung es für die Linke in Hamburg hat. Ein substanzieller Beitrag zu dieser Debatte ist von denen nicht zu erwarten, die ihre Machtposition im FSK verteidigen wie der Reihenhausbesitzer seinen Vorgarten. Diese Debatte muss aus der Hamburger Linken heraus geleistet werden. Wir hoffen, dass viele Gruppen/Projekte/Strukturen den Sender als Chance begreifen und sich für ein offenes, solidarisches, vielfältiges linkes Radio einzusetzen beginnen. Wir jedenfalls kämpfen weiter dafür.

Gruppe FSK-Kritik
www.reclaimtheradio.net

Castortransporte Stören - G8 Versenken! Eine Ganz Andere Energiepolitik Ist Nötig!!

Lets Rock Them Hard:

Mitte November rollt der zehnte Castortransport nach Gorleben. Dann haben wir die Möglichkeit, das Thema Energiepolitik aufzugreifen und auch praktisch zu intervenieren. Wir sollten die Chance nutzen, das Themenfeld 'Energie' nicht den G8-Staaten zu überlassen, sondern unsere Forderungen und Vorstellungen einer emanzipatorischen Energieversorgung deutlich zu machen. Wenn wir gegen Castortransporte oder gegen die Atomenergie insgesamt Widerstand leisten, geht es uns um mehr: Es geht um die Frage, wie wir in Zukunft Energie produzieren wollen und wie eine emanzipatorische, also ökologische, soziale und basisorientierte Energiepolitik aussehen kann. Es geht uns aber auch darum, anhand der Atomtechnologie die Macht- und Produktionsverhältnisse des globalen Kapitalismus zu analysieren, darzustellen und dem selbstverständlich unseren Protest entgegenzusetzen. Ob in Gorleben, Heiligendamm oder sonstwo!

EnergieMachtPolitik

Wenn die radikale Linke in der BRD sich in den letzten Jahren mit dem Thema Energie auseinandergesetzt hat, dann ausschließlich mit der Atomenergie, andere Energieträger wie Kohle, Gas oder Erdöl wurden wenig bis gar nicht beachtet.

Die Ausdehnung, Beschleunigung und Weiterentwicklung des Kapitalismus (auch Globalisierung genannt) hat in den letzten Jahren zu einem immer verschärfteren Wettlauf um die energetischen Rohstoffe geführt. Ein neues Zeitalter der Energiekonflikte hat begonnen. Auch deshalb wird beim G8 - Gipfel 2007 in Heiligendamm die sog. 'Energiesicherheit' ein Schwerpunkt sein. Die sieben führenden Industrienationen und Russland werden dort Absprachen treffen und sie werden versuchen ihre imperiale Konkurrenz durch (Neu-) Aufteilung zu entschärfen. Das ist nach ihrer Logik auch bitter nötig. Denn längst hat das Zeitalter von Verteilungskämpfen um die immer knapper werdenden, aber gleichzeitig in immer größeren Mengen benötigten Ressourcen begonnen. Die Fragen von Energiesicherheit bestimmen immer mehr die globale Wirtschaft und Politik. Der Zugang zu den Rohstoffen wird notfalls militärisch, oder durch die Androhung von militärischer Gewalt und anderen erpresserischen Maßnahmen durchgesetzt. Der Wettlauf um die Ressourcen greift in die Machtverhältnisse zwischen den Staaten grundlegend ein.

EnergieMachtPolitk!

So setzte unlängst Russland seine Erdgasvorräte politisch gegen seine Nachbarländer ein, in dem es mit einem Lieferstopp drohte.

Aber auch die EU rückt das Thema Energiesicherheit in das Zentrum ihrer Außenpolitik, schmiedet. strategische Partnerschaften, mit welchen Regimen und Diktatoren auch immer. Bei wirtschaftlichen und nationalen Interessen sind Menschenrechte und Ökologie einen Dreck wert.

Und selbst US-Präsident Bush bescheinigt der USA eine Abhängigkeit vom Öl, dessen Sicherung außenpolitisch in letzter Zeit zu einem großen Image-Verlust seiner Regierung geführt hat. Und so verordnet er eine Entziehungskur, die im wesentlichen auf den Ausbau der Atomenergie abzielt.

Die Großen Industrienationen (EU, USA, Russland und auch Aufsteiger China) geben inzwischen ihrer Ressourcensicherheit politische Priorität. Angestrengt versuchen sie ein Netz von Pipelines durch Wüsten, Wälder, Ackerflächen und auch unter dem Meer zu ziehen. Nationen die (noch) Ressourcen besitzen, werden umworben, es wird geschmiert und wenn nötig gebombt. Der Krieg im Irak z.B. ist und bleibt vor allem ein Krieg um Erdöl! Wegen der gewaltigen Rohstoffe dort gilt das Land als 'Tankstelle der Welt'.

Da sich solche und ähnliche Konflikte um Macht und Kontrolle der natürlichen Rohstoffe in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch verschärfen dürften, wäre es für die Linke fatal, die Entwicklungen zu ignorieren!

Ihre Antwort: Atomenergie!

Auf die durch Verschwendung verursachte Ressourcen-Knappheit reagieren viele Nationen indes mit dem Ausbau der Atomkraft. Diese Entwicklung ist auch deshalb sehr bedenklich da die Atomenergie NIE nur 'zivil' ist. Atomenergie heißt IMMER die Option auf die Bombe. Weltweit findet eine zunehmende Verbreitung von Atomwaffen statt. So zündeten bereits Indien und Pakistan 1998 Nuklearsprengsätze, Nordkorea in diesem Jahr und auch in den USA werden neue, sog. 'Mini-Nukes' entwickelt. Die Schwelle zum Einsatz solcher Bomben scheint weltweit zu sinken, bzw. werden Atomwaffen bewusst als Bedrohungspotential aufrechterhalten, wie die aktuelle Stituation mit dem Iran oder Nordkorea zeigt. Wer Atomwaffen besitzt vermindert die Gefahr eines militärischen Angriffes oder einer Okkupation durch andere Staaten. An diesem Beispiel lassen sich die derzeitigen (globalen) Machtverhältnisse ablesen.

Selbstverständlich kann unsere Antwort auf diese Entwicklungen nur die Forderung nach weltweiter und sofortiger Abrüstung aller Atomwaffen sein!

In Deutschland hat mit den zunehmenden Unsicherheiten auf dem Energiemarkt eine neue Debatte um die Zukunft der Atomtechnologie eingesetzt: Atomkraft als Antwort auf die weltweite Verknappung der Ressourcen. Aber die vier in der BRD herrschenden (Atom)Stromkonzerne RWE, EON, Vattenfall und EnBW fordern nicht nur eine Laufzeitverlängerung für die AKW's, sondern bauen diese Technologie international aus, wie in Russland, Brasilien oder Schweden. So wird auch das AKW Forsmark in Schweden von Vattenfall betrieben. Dort kam es im August 2006 zu einem schweren Störfall, bei dem die Notstromtechnik versagte. Die gleiche Technik befindet sich übrigens im AKW Brunsbüttel... Desweiteren wird momentan um eine Laufzeitverlängerung des AKW Biblis gefeilscht (Biblis ist das älteste AKW in der BRD und für seine unzähligen Pannen und Störfälle bekannt...), und es sieht so aus, als ob der als Bestandsgarantie für

Atomkraftwerke bekannte 'Atomkonsens' nochmal mehr ausgehöhlt wird.
Atomkraft kann als weltweit auf dem Vormarsch angesehen werden, und natürlich ist uns klar, dass der Kampf gegen Castortransporte nicht den Kampf für eine ganz andere Energiepolitik ersetzen kann. Der Widerstand gegen Castortransporte ist aber nunmal der einzige, der die Energiefrage öffentlich noch wahrnehmbar macht und auch z.T. mediales Echo findet. Allerdings müssen wir versuchen, das Thema Energie generell ins Bewusstsein zu rücke (Energie als Ware, Energie als Beute,...). Es geht um mehr als Atom, das Thema hat mehr Sprengkraft!

Perspektiven?-Revolutionäre Energie!
Unsere Perspektive sollte eine autonome, kollektive, dezentrale und selbstorganisierte Energieversorgung sein. Eine 'Energieversorgung von unten', also eine in den Händen der Bevölkerung, die sich nach den Interessen und Bedürfnissen aller richtet, kann Atomenergie nie zulassen. Das Interesse der Mehrheit kann keine destruktive Energieerzeugung sein, die Raubbau und Verseuchung verursacht. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Zerstörung der Lebensgrundlagen hat jene Verhältnisse zur Grundlage, die auf Konkurrenz, Macht und Profitstreben basieren. Diese kapitalistischen Verhältnisse sind und bleiben ein zentrales Übel!
Wir müssen weltweit Netzwerke von unten entwickeln, die eine autonome, kollektive und regionale Energieversorgung auf die Beine stellen. Dass dies im kapitalistischen Wirtschaftssystem schwierig ist, geschenkt!, dass z.B. die Wasserversorgung in vielen Regionen der Welt erst mal einen höheren Stellenwert einnimmt, klar!, dass wir aber Perspektiven für die Zukunft entwickeln müssen, darum werden wir nicht herumkommen.
Es geht hier nicht um Verbesserungsvorschläge für den Kapitalismus, sondern ganz klar um Perspektiven die über ihn hinaus weisen.
Die Zukunft liegt in den sog. erneuerbaren Energien wie Wasser, Holz, Sonne und Wind. Aber solange wir den Kapitalismus noch an der Backe haben, ist auch dies keine wirkliche Alternative (das wär eher die Revolution). Sie werden nur dann genutzt, wenn sie genug Profit abwerfen und neue Machtverhältnisse begründen, und auch dort gilt das Prinzip 'Höher, Schneller, Weiter'. Zum Beispiel sind in Indien Mega-Staudämme geplant, die für Massenumsiedlungen, aber auch breiten Protest sorgen. Neue Energien sind nicht per se gut, sie erfüllen genauso ihre Rolle als Ware im Kapitalismus, aber eine zukünftige Energieversorgung ist nur ohne Kohle, Erdöl und Atomkraft denkbar!

Der Kampf muss gegen 'das Ganze' geführt werden, für was ganz anderes!
Was dieses andere ist, steht nicht fest, es gibt weder den Stein der Weisen noch die eine ultimative und universelle Wahrheit.
Aber es gibt Alternativen, lasst uns gemeinsam darüber nachdenken und handeln, Perspektiven entwickeln und eingreifen!
Dazu bieten Castortransport wie auch G8-Gipfel gute Möglichkeiten. Castortransporte zu blockieren ist für uns genauso wichtig wie G8-Gipfel zu stören!
Beim Castortransport nach Gorleben in diesem Jahr bietet es sich geradezu an, das landschaftlich mit der Region Heiligendamm vergleichbare Wendland als 'Übungsort' zu nutzen. Auch beim Gipfel wird es darum gehen, die Infrastruktur zu beeinträchtigen, da ein Durchkommen zum Tagungsort eher unwahrscheinlich sein wird...
Letztes Jahr beschränkte sich der Protest hauptsächlich aufs Wendland. Mit der Bahn gibt es jedoch ein bundesweit angreifbares Ziel, Störungen des Normalbetriebs machen sich großflächig bemerkbar, und wirbeln evtl. auch den Castorfahrplan durcheinander...
Also: Stört entweder den Bahnbetrieb bei euch vor Ort oder kommt ins Wendland. Dort wird es wieder Camps, Demos, Voküs und Aktionen geben.
Die Auftaktdemo findet am 11.11.2006 ab 13.00 Uhr in Gorleben statt. Kommt zahlreich, denkt euch was aus, seid fies und gemein...!!
Busse fahren (bisher) aus Hamburg und Bremen, dazu: www.nadir.org/sand
Für Mitfahrgelegenheiten und Termine für Berlin: www.niXatom.de oder www.squat.net/aap-berlin
Bereits am 04.11.2006 finden Auftaktdemos in Brunsbüttel und Biblis statt, dafür chekkt: www.castor-stoppen.de
Und für Termine und Infos zum Wendland checkt: www.castor.de
Also dann:

Lets Rock Them Hard: Atomanlagen Stillegen-G8 Gipfel Stören!

Ak. 'revolution energy!'

ANTI-ATOM

Den Riot in die Steppe tragen heist Energiepolitik selber machen !
Castor - Alarm 2006 11. - 14.11.06
Achtung Vorverlegung !!! Tag X jetzt Sonntag 12.11.06

"Wenn wir uns heute entscheiden würden, ein neues Atomkraftwerk zu bauen, dann müssten wir sicher sein, diese Investition wieder zu verdienen. Wenn der Staat nicht einmal in der Lage ist, notwendige Eisenbahnschienen vor Zerstörern zu schützen, dann müssen wir davon ausgehen, dass wir diese Investition nicht machen können" Hans - Dieter Harig, ehem. Vorsitzender der E.on AG (1996)

Talk is over - action is on!

Mit dem Antrag auf Laufzeitverlängerung für das AKW Biblis ist der sog. Atomkonsens endgültig Geschichte.
Die Anti-Atom-Seite dieser Ausgabe der Zeck ist nun aber nicht der Ort um die gesamte energiepolitische Debatte aufzublättern. Dies wird durch eine kontinuierliche Berichterstattung über das ganze Jahr hinweg versucht. Wem auf die Schnelle noch Argumente gegen den Betrieb der Atomanlagen fehlen, der/die sei auf die Seiten der Anti-Atom-Aktuell verwiesen (*www.anti-atom-aktuell.de*), in der mensch sich alle möglichen und unmöglichen Ereignisse und Begebenheiten rund um den Betrieb von Atomanlagen zu Gemüte führen kann.
Alles ist vorbereitet, die Mobilfunkanlagen der Polizei in der Göhrde wurden rechtzeitig abgebaut, die Scheunen sind hergerichtet, es ist Zeit, die Dinge in die Hand zu nehmen.
Im Vorwege des Transportes vom 11. - 13.11.06 wird es auch in Hamburg eine Reihe von Veranstaltungen geben!

Mi. 1.11.06, 19°°: Kino 3001: "Rückblick um die Zukunft neu zu gestalten" 30 Jahre Bauplatzbesetzung in Brokdorf,
Sa. 4.11.06, 13°° Werkstor AKW

Brunsbüttel: Demonstration für die sofortige Stilllegung des AKW Brunsbüttel Es fahren Busse aus Hamburg: Abfahrt ist 11:00 Uhr (bitte pünktlich sein) am Hamburger Hauptbahnhof (Kirchenallee), Rückreise spätestens 16:30 Uhr, Ankunft in Hamburg dann gegen 18 Uhr. www.akw-brunsbuettel-stilllegen.de
Sa., 4.11.06, 13:00 Biblis, Kath. Kirchplatz Castor-Auftaktdemo, Info-Tel. 0152-07025056
So., 5.11. 06, 13:30 Bahnhof Göhrde, Schienenmove
Di. 7.11.06 Todestag von Sebastien Briat, Abends Mahnwachen an den Bahnhöfen
Mi. 8.11.06 Infoveranstaltung, Stand der Dinge und Praktisches zum Castor
Mi., 8.11. 06 19:00 Harlingen, Am Försterkamp bei Gartenhof Tilja, Nachtwanderung, widerStandsNest Metzingen
Fr., 10.11. 06, 12:05 Bremer Hbf in Richtung Innenstadt, Demonstration gegen den Castor-Transport ins Wendland
Sa.11.11.06, 13°° Auftaktdemo in Gorleben. Busse um 10°° ab S-Bahn Sternschanze, Fahrkarten im Buchladen Schulterbatt und im Schanzenblitz
Sa., 11.11.06, 18:00 Metzingen, auf der B216 "Laternenumzug"
So., 12.11. 06, Nebenstedt, am Friedhofsweg (hinter B 191), Kundgebung, eine Stunde nach dem Eintreffen des Castor-Zuges in Dannenberg (Widersetzten)
So., 12.11.06, 10:30 Göhrde, Ralley Monte Göhrde III, Geländespiel "Rock around the cops"
So., 12.11. 06, 11:00 Dannenberg, am Verladekran "Stuhlprobe"
So., 12.11. 06, 18:00 Dannenberg, am Marktplatz Kundgebung zum Stand der Dinge
Mo., 13.11. zwischen Leitstade und Hitzacker Castorelle Waldpartie mit "WiderstandsRock und Roll" (Am Schienentransporttag, wenn der Castor in Maschen oder Celle ist)
Mo.13.11.06, Sitzblockade: Sobald die Castoren in Lüneburg sind, treffen wir uns in Dannenberg bei der WiderSetzen - Mahnwache in der Nähe des Verladebahnhofs. INFO-Telefon zur Aktion 0160 513 0 514.

Kurz vor Redaktionsschluss erfuhren "gewöhnlich gut unterrichtete Kreise" das der Gorleben-CASTOR bereits am Freitag, dem 10. November 2006, um 19:47 Uhr in Valognes/Frankreich losfahren soll. Daher wird der Castor-Zug am Sonnabend, den 11. November 2006, um 14:32 Uhr in Lauterbourg/Frankreich erwartet. Dort wird wahrscheinlich der "Personalwechsel" erfolgen. Anschließend wird der Atommüll-Transport den französisch-deutschen Grenzübergang Lauterborg-Wörth nehmen. Daraus resultiert folgender aktualisierter Fahrplan bis Dannenberg:
Ankunft Lüneburg: Sonntag, 12.11., frühestens: morgens, eher: früher Vormittag
Ankunft Dannenberg: Sonntag, 12.11., eher nachmittags
Straßentransport Dannenberg - Gorleben: in der Nacht von Sonntag, 12.11. auf Montag, 13.11.

Wichtig: Der Fahrplan des CASTORs kann sich natürlich noch ändern!

Camps
Metzingen, Scheunencamp Infotelefon: 05862 - 985 991 ab 9.11.: 0162 - 886 35 9 trotzalledem@gmx.net, http://goehrde.plentyfact.net/
Hitzacker: WIDERSTAND Camp an der Schienestrecke Tel.: 039037-958993 www.castorgruppehitzacker.tk

Infopunkte/Schlafplätze
Lüneburg: Infocafè "Anna & Arthur" VolxKüche, warme Getränke und Infos, Katzenstr. 2, Tel: 04131/41 094, anna-und-arthur@gmx.de, www.anna-und-arthur.de.tk
Dahlenburg Infotel.: 05851-602620 (gilt nur bis der Castor in La Hague losgefahren ist)
Dannenberg, Essowiese, Infopunkt und Schlafplatzbörse Tel.: (05861 - 979404)
Groß Gusborn, während des Strassentransportes

Ermittlungsausschuss: Tel.: 0 58 41-97 94 30, Fax 0 58 41-97 94 40, ea-gorleben@nadir.org, www.ea-gorleben.de

Kartenmaterial
1 : 50 000 L 2728, WL Naturpark Elbufer-Drawehn ISBN 3-89435-613-8

radiofreieswendland Radio ZuSa Frequenz 89,7 MHz (bring your radio)

Aktion

17.10.2006 Hakenkrallen statt WM-Tickets

In der Nacht zum 13. Oktober wurden im süddeutschen Raum drei Hakenkrallen in die Oberleitungen der Deutschen Bahn eingehängt. Eine in der Pfalz bei Speyer, die anderen in der Nähe von Hockenheim und Bruchsal in Baden-Wuerttemberg.
"Anlass unserer Aktion ist der bevorstehende Castortransport nach Gorleben im November", so der Sprecher der Gruppe, die sich Aktion Gegendruck nennt.... " Stop Castor, Atomkraftwerke abschalten, No pasaran!"
Quelle: Indymedia

6.10.06 Funkmast der Polizei gefällt
Ein Funkmast des BGS, der während der Castortransporte die Kommunikation der Polizeikräfte in der Göhrde ermöglichte, ist von Unbekannten zu Fall gebracht worden. Beamte der Bundespolizei haben damit begonnen, die zertrümmerten Funkanlagen zu bergen und die verbogene Gittermastkonstruktion zu demontieren.
Nach Auskunft der Techniker wurden die Schrauben gelöst, die den Fuß der Gitterkonstruktion mit der Bodenplatte verbunden hatten. Auf welche Weise der Turm zum Kippen gebracht wurde, konnten sie nicht mit Sicherheit erklären. Möglicherweise habe ein Keil oder etwas ähnliches gereicht. "Das ganze war kopflastig, das ist ganz leicht gekippt."
Quelle: Indymedia

30.8.2006 Schichtwechselblockade in Hartlepool
Aus Protest gegen den von der britischen Regierung angekündigten Ausbau der Atomenergie in Grossbritanien haben sich am 29.8.06 gegen 8°° 20 AktivistInnen der Gruppe "Reclaim Power" mit Metallrohren vor dem Vorder und Hintereingang des AKW Hartlepool in Teeside festgekettet, und so den Schichtwechsel der Anlage blokkiert. Die Aktion war Teil eines Aktionscamps für zukunftsfähige Energieerzeugung in der Nähe des Kohlekraftwerkes Drax.
Quelle: The Guardian

Normalbetrieb

30.8.06 Castor entgleist
Am Mittwoch den 30. August 06 entgleiste in La-Ferté-Saint-Aubin in der Nähe von Orléans ein Bahnwaggon mit abgebrannten Brennelemente. Als Ursache der Entgleisung wird eine defekte Schwelle angegeben. Die Schiene ist an der Stelle breiter geworden, was zum Zwischenfall geführt hat. Am 4. Februar 1997 kam es schon mal zu einem solchen Zwischenfall an der deutsch-französischen Grenze in Perl-Apach.
Quelle: AFP

10.10.06 Reaktor in Biblis abgeschaltet
Der Block B des hessischen Atomkraftwerks Biblis ist am Abend außerplanmäßig abgeschaltet worden. Wie das Landes-Umweltministerium mitteilte, müssen Dübel

überprüft werden. Bei diesen Teilen seien bei einer Routineinspektion des Blocks A Montage-Fehler festgestellt worden. Sie könnten bei Rohrleitungsbrüchen oder Erdbeben zu Problemen führen. Biblis ist das älteste noch laufende Atomkraftwerk Deutschlands.
Quelle:mdr

17.10.06
Nach Störfällen nur noch 1 britisches AKW am Netz
Im Reaktor Hinkley Point B wurden im Dampferzeuger (boiler) Schäden festgestellt, die "in der oberen Bandbreite bisheriger Erfahrungen" lagen. Neben Hinkley Point B wurde auch der Baugleiche Reaktor in Hunterston heruntergefahren. Ebenfalls vom Netz musste der Reaktor in Hartlepool genommen werden, nachdem ein "relevantes" Leck im Unterirdischen Kühlsystem entdeckt wurde. Da weitere Anlagen gerade zur jährlichen Revision vom Netz gegangen sind läuft in Grobritanien aktuell nur noch der Reaktor in Torness (Schottland). Aufgrund der desolaten Situation in den Anlagen der BE musste die britische Regierung Pläne ihren Anteil an Britsih Energies, der Betreibergesellschaft, für unbekannte Zeit auf Eis legen, der Börsenkurs der BE brach um 24% ein.
Quelle: Guardian

Busse aus Hamburg zur Castor Auftaktdemo am 11.11. in Gorleben:
Um 10 Uhr (pünktlich) ab S-Bahn Sternschanze 13h in Gorleben an den Atomanlagen
Infos & Anmeldung unter: sand@nadir.org

Ansonsten empfiehlt es sich insbesondere für diejenigen, die noch länger im Wald spazieren wollen, mit Bezugsgruppen in Autos anzureisen.

Solidarität mit dem Flüchtlingsstreik in Blankenburg!

Seit Mittwoch, den 4. Oktober befinden sich die Flüchtlinge des 7 Kilometer von Oldenburg entfernten Ein- und Ausreiselagers Blankenburg im unbefristeten Streik. Konkret heißt das: Sowohl das Kantinenessen als auch die 1 Euro-Jobs werden boykottiert. Die Streikenden fordern stattdessen die Auszahlung von Bargeld und das Recht, ihre Nahrung selbstbestimmt zubereiten zu können. Darüber hinaus wird eine angemessene und hiesigen Standards angepasste Gesundheitsversorgung gefordert - diese Forderung richtet sich insbesondere gegen die nahezu obligatorische Verabreichung von "Paracetamol", ganz gleich welche Erkrankung tatsächlich vorliegt. Grundsätzlich machen sich die BewohnerInnen für eine dezentrale Unterbringung in eigenen Wohnungen nach spätestens 3 Monaten stark. An dem Streik sind ca. 200 Menschen beteiligt, d.h. nahezu alle Flüchtlinge, die permanent im Lager leben.
Die zuständigen Behörden sind den Streikenden bislang nicht im Geringsten entgegengekommen. Stattdessen wird darauf verwiesen, dass die Auszahlung von Bargeld an Flüchtlinge gesetzlich nicht zugelassen sei, insbesondere im Falle einer "Zentralen Erstaufnahmestelle" wie Blankenburg. Diesen Aussagen muss entschieden widersprochen werden: Denn auch wenn es im Asylbewerberleistungsgesetz heißt, dass Flüchtlingen "vorrangig" Sachleistungen zu gewähren seien, so ist die Möglichkeit von Ausnahmen ausdrücklich vorgesehen. Das hat dazu geführt, dass mittlerweile 9 von 16 Bundesländern ganz oder überwiegend auf die Auszahlung von Bargeld an Flüchtlinge umgestiegen sind! Zweitens: Die allermeisten der in Blankenburg untergebrachten Flüchtlinge fallen überhaupt nicht unter den Geltungsbereich der Zentralen Erstaufnahmestelle, wo in der Tat kein Bargeld ausgezahlt werden darf. Sie sind vielmehr BewohnerInnen der ebenfalls auf dem Lagergelände untergebrachten "Landesgemeinschaftsunterkunft". Das heißt: Sie gehören zu jenen Flüchtlingen, die das gesetzlich auf 3 Monate beschränkte Aufnahmeverfahren in der Zentralen Erstaufnahmestelle bereits durchlaufen haben, im Anschluss jedoch nicht in eine niedersächsische Gemeinde umverteilt wurden. Viele von ihnen leben bereits seit mehren Jahren in Blankenburg.
Nicht minder falsch ist die von den Behörden immer wieder in Umlauf gebrachte Behauptung, wonach es gesetzlich keine Alternative zur Unterbringung in Großlagern á la Blankenburg gebe. Richtig ist vielmehr, dass das Gesetz auch in dieser Hinsicht einen großen Ermessensspielraum zulässt - wie bereits ein kurzer Blick in die jüngere Geschichte zeigt: Zwischen 1990 und 2000 wurden Flüchtlinge in Niedersachsen überwiegend dezentral in Wohnungen und kleinen Sammelunterkünften untergebracht. Erst 2000 ist es in Niedersachsen erklärtermaßen zu einem Umschwung in Sachen Lagerpolitik gekommen: Beschlossen wurde, Flüchtlinge fortan nicht mehr auf die einzelnen Landkreise umzuverteilen, sondern zentral in so genannten "Landesgemeinschaftsunterkünften" unterzubringen. Diesbezügliche Kapazitäten wurden insbesondere in Braunschweig, Blankenburg und Bramsche geschaffen.
Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass in Deutschland bereits seit langem gerade mal 1-2 Prozent aller Flüchtlinge als AsylbewerberInnen anerkannt werden. Der große Rest ist demgegenüber ausreisepflichtig. Es mache deshalb keinen Sinn, so ein Vertreter des Niedersächsischen Innenministeriums, "bei diesen Personen durch eine Verteilung auf die Gemeinden Hoffnungen auf einen Verbleib im Land zu wecken. Ihnen muss vielmehr von vornherein deutlich gemacht werden, dass sie keine Perspektive für einen Aufenthalt in Deutschland haben, um auf diese Weise auch ihre Bereitschaft zu stärken, das Land freiwillig zu verlassen." Mit anderen Worten: Offizielle Aufgabe von Ein- und Ausreiselagern wie Blankenburg ist es, die Bereitschaft zur so genannten freiwilligen Ausreise zu fördern. Und das gelinge ausgesprochen gut, wie Innenminister Schünemann erst jüngst wieder frohlockte: "Obwohl die Anzahl der ausreisepflichtigen Personen in den Landeseinrichtungen weniger als 7 % der ausreisepflichtigen Personen in Niedersachsen insgesamt ausmachen, entfielen in den Jahren 2004 und 2005 rund 30% aller freiwilligen Ausreisen auf die Landeseinrichtungen." In diesem Sinne wäre es auch falsch, so die Schlussfolgerung Schünemanns, die überproportional hohen Kosten von Lagerunterbringung zu scheuen. Denn indem Flüchtlinge, die in zentralen Lagern leben müssten, Deutschland ungleich schneller verlassen würden als die-

jenigen, die dezentral untergebracht wären, könne das Land Niedersachsen langfristig durch Lagerunterbringung sehr wohl Geld einsparen (auch wenn ein Platz im Lager pro Person etwa doppelt so teuer ist wie die Unterbringung in einer Wohnung).
Was Schünemann & Co jedoch verschweigen, sind die Umstände, die gemeinhin zur so genannten freiwilligen Ausreise führen: Denn die Mehrheit der betroffenen Flüchtlinge reist nicht deshalb freiwillig aus, weil sie durch die Lagerbürokratie von den Vorteilen einer freiwilligen Ausreise überzeugt worden wäre. Sie reist vielmehr deshalb aus, weil sie den permanenten Druck durch das Lagerleben nicht mehr aushält. Hierzu gehört nicht nur ungenießbares Kantinenessen, überbelegte Wohnräume oder systematische Beleidigungen durch das Lagerpersonal im Alltag, sondern auch die Streichung des Taschengelds von 40 Euro für all die Flüchtlinge, die sich weigern, aktiv an der Beschaffung ihrer Ausweispapiere mitzuwirken, was ja seinerseits Voraussetzung dafür ist, Abschiebungen durchführen zu können (im Abschiebelager Bramsche-Hesepe, das juristisch eine Ausstelle von Blankenburg ist, haben Flüchtlinge sogar Strafbescheide über 200 Euro wegen Nicht-Mitwirkung bei der Passbeschaffung erhalten). Die Rede von der freiwilligen Ausreise ist mit anderen Worten nicht weniger als eine handfeste Irreführung. Angemessener ist es vielmehr, von einer Art "Abschiebung light" zu sprechen, darüber sollten die schönen Prospekte der Lagerleitung auf keinen Fall hinwegtäuschen!
Das Ein- und Ausreiselager Blankenburg ist nicht weniger als eine institutionalisierte Menschenrechtsverletzung.
Der Streik der Flüchtlinge für Würde und angemessene Lebensbedingungen erfordert nicht nur politische, sondern auch praktische Unterstützung. Denn grundsätzlich gilt: Kein Streik ohne Streikasse! Erwünscht sind in erster Linie Geldspenden: Mit dem Geld werden die Grundnahrungsmittel gekauft, die jeden Tag zum Lager gefahren und dort von den Flüchtlingen selbst verteilt werden.
Das Geld sollte bitte auf folgendes Konto überwiesen werden:
Arbeitskreis Dritte Welt e.V. Konto-Nr. 015 131 337 / BLZ 280 501 00, LZO, Verwendungszweck: Aktionstage.

Antifaschismus in Neumünster

Antifaschismus scheint der Politikansatz der heutigen autonomen Linken mit dem größten Mobilisierungspotenzial zu sein. Doch ist die Analyse nur Oberflächlich, wenn davon ausgegangen wird, dass damit die ehemals weit gefächerte Politik der Autonomen auf einen zentralen Punkt beschränkt wird. Denn die Diskurse innerhalb dieses antifaschistischen Überbaus beinhalten mehr als nur Nazis. Auch eine vordergründig antifaschistische autonome Struktur muss sich mit allen Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen auseinander setzen. So bietet die gesellschaftliche recht breit geteilte Ansicht der Ablehnung von Neonazismus, zumindest vordergründig, für viele Jugendliche einen Anknüpfungspunkt mit der Autonomen Szene und seiner Struktur. Doch schnell wird klar, das in der Autonomen Szene eine andere Normen und Wertestruktur herrscht. Als Resultat aus anarchistischen und libertär kommunistischen Analysen werden gesellschaftstragende Werte wie Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Herrschaft usw. abgelehnt. Diese Analysekategorien sollten Konfliktpunkte für Diskurse sein (viel zu selten geschieht dies), um die gesellschaftlichen sowie szeneinternen Strukturen, Ansichten und Handlungsmuster zu überprüfen, zu kritisieren und zu verändern. Beispiele für diese mehr oder minder fruchtbaren Diskurse waren der sog. Israel/ Palästina Konflikt, sowie sexistischen Übergriffe bzw. sexualisierte Gewalt. Diese Auseinandersetzungen sind, wie eben dargestellt, wichtig, um die eigene politische Theorie und die politische Praxis weiterentwickeln zu können.
Dieses Plädoyer für den autonomen Antifaschismus bildet(e) die Einleitung für den Aufruf für eine Demonstration in Neumünster am 30.09.06. Wie wohl keine andere der größeren Städte in Schleswig-Holstein herrscht in Neumünster eine stadtweite Hegemonie von Neonazis, der die defizitäre Organisierung antifaschistischer Gegenwehr gegenüber steht, bei gleichzeitiger, landesweiter Interesselosigkeit gegenüber Neumünster. Wir, als Vorbereitungskreis aktiver Autonomer aus Schleswig- Holstein und Hamburg, woll(t)en mit dieser Demonstration einen ersten Anknüpfungspunkt für offenen Protest in Neumünster geben. Diese Demonstration stellt(e) die seit langem erste von Autonomen getragenen Aktion in dieser Stadt dar.
Teile der Linken versuchten dieses Jahr, wie auch in den letzten Jahren, eine Neumünsterweite antifaschistische Volksfront zu etablieren. Dies ist, wie auch in den letzten Jahren, gescheitert. Es scheint sich ein Trend zur Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlich tragenden Kräften von fast allen Parteien bis hin zu den sog. Gewerkschaften zu forcieren. Dies bewerten wir erstmal nicht als schlecht, allerdings ist dieses Konzept nur möglich bei gleichzeitiger Artikulation und Ausübung radikaler linker Politik. Doch die linke Volksfront-Mentalität hat oftmals zu einer Verwässerung dieser von der Wurzel an strukturierten Politik geführt. Es werden nicht emanzipatorische Inhalte von radikalen Linken in Bündnisse hinein getragen, sondern bürgerliche Politikvorstellungen in Linke Diskurse eingeführt und versucht diese Diskurse zu dominieren.
In Neumünster sind diese sog. Bündnisse an den Macht- und Geltungsbedürfnissen der einzelnen VertreterInnen der bürgerlichen Gewerkschaften und Parteien gescheitert. Zuletzt wurde ein Gemeinsamer Markt für Demokratie am 30.09.06 gecancelt, weil die sog. BündnispartnerInnen des organisierenden Vereins "Aktion Jugendzentrum" (AJZ) den Begriff Antifaschismus für den o.g. Markt ablehnten.
In der öffentlichen Meinung scheint die AJZ gefährlicher zu sein als der Club 88. Das ist der Ausdruck einer Gesellschaft, die durch Antisemitismus, Rassismus und Totalitarismus zumindest latent geprägt ist. Das massive Auftreten Freier Kameradschaften und die noch einstelligen Wahlergebnisse der NPD sind nur die Spitze des gesellschaftlich breit getragenen Rassismus. Wenn Neonazismus mit sozia-

ler Verelendung und individuellen Verfehlungen begründet wird, offenbart dies nur eine vulgärwissenschaftliche Analyse und einen fehlenden Willen zur Beschäftigung mit diesem Thema.

Staatlichem Rassimus entgegentreten

Rassistische Gesellschaftsstrukturen lassen sich nicht alleine an Nazis und StammtischrednerInnen festmachen. Es muss ebenfalls eine Auseinandersetzung mit staatlich organisiertem Rassismus geführt werden. Mit dem Fortschreiten der europäischen Integration hat sich auch die Situation für Flüchtlinge verschärft. So hat sich um das reiche Kerneuropa eine Pufferzone entwickelt, in der die Flüchtlinge, schon lange bevor sie die reichen Industrienationen erreichen, abgefangen werden. Die Flüchtlinge werden dort interniert bzw. sofort wieder abgeschoben.
Die Europäische Union hat sich zu einem staatsähnlichen Konstrukt entwickelt, welches kaum noch die Möglichkeit für Migration bietet. Der große Reichtum der EuropäerInnen und die sich parallel entwickelnde Armut der sog. Dritten Welt stehen im starken Zusammenhang, so dass zwangsläufig eine Festung zur Abwehr der Armen errichtet werden musste.
Lokal forciert sich die Repression gegenüber MigrantInnen in Form eines sog. Ausreisezentrums in einer ehemaligen Bundeswehrkaserne in Neumünster. In dieses Zentrum werden Menschen eingewiesen, die kein Bleiberecht in Deutschland haben und eigentlich ausreisen müssten. Die Flüchtlinge werden aus ihrem sozialen Umfeld gerissen indem sie ihre Arbeitserlaubnis und ihre Wohnung verlieren. In dem sog. Ausreisezentrum sollen sie ihre "freiwillige" Ausreise organisieren, da sie nun keinerlei Perspektive mehr in Deutschland haben.
Neben dem Abschiebeknast in Rendsburg stellt dieses Lager eine zentrale Institution in der repressiven Schleswig- Holsteinischen Flüchtlingspolitik dar.

Zur Neonazi Szene in Neumünster

Der Club 88 wurde im Oktober 1996 im neumünsteraner Stadtteil Gadeland eröffnet. Konzessionsinhaberin ist Christiane Dolscheid. Sie war zunächst Mitglied der Deutschen Frauen Front (DFF), welcher insbesondere im Anti-Antifa Bereich arbeitete. Neben ihrer Tätigkeit als Anti-Antifa Fotografin war sie unter anderem beim Neonazi-Sanitätsdienst "Braunes Kreuz" tätig und war außerdem bis zu seiner Selbstauflösung Mitglied im Skingirl Freundeskreis Deutschland (SFD) und schrieb mehrere Artikel für den mittlerweile verbotenen Hamburger Sturm und das Skingirlblatt Wallküre. Als weitere Schlüsselpersonen bei der Gründung des Clubs sind Peter Borchert, der jahrelang als Sprecher des Club 88 fungierte und Tim Bartling zu nennen.
Neonazis haben in Neumünster neben dem Club 88 weitere Treffpunkte. Als solche sind in der Vergangenheit insbesondere drei Kneipen in Erscheinung getreten, die allesamt im Innenstadt-Bereich liegen. Mit der "Titanic" in der Friedrichstraße in Steinwurf-Weite zur AJZ (Aktion Jugendzentrum) Neumünster und der "Holstenbörse" in der Rendsburger Straße, ebenfalls keine 500m von der AJZ entfernt sind noch zwei dieser Kneipen existent, von der Holstenbörse gingen jedoch in der letzten Zeit keine Naziangriffe mehr aus. Anders verhält es sich mit der Titanic. Immer wieder kommt es insbesondere bei linken/alternativen Konzerten in der AJZ zu Übergriffen von Nazis, die sich in der Titanic offenbar zunächst Mut antrinken, um dann KonzertbesucherInnen anzugreifen. Hierbei kam es in der Vergangenheit zu nicht unerheblichen Verletzungen. Es ist festzustellen, dass sich die Übergriffe in Bahnhofs-Nähe häufen, so dass mensch häufig auch auf dem Rückweg aus anderen Städten mit Nazi-Gewalt konfrontiert wird. Das Geschäft mit der sehr deutschen Stammkundschaft in der Titanic läuft: Sie hat erst kürzlich die Räumlichkeiten vergrößert, um mehr Platz für die mittlerweile regelmäßig stattfindenen Disco-Partys zu schaffen - Partys, auf denen sich keiner der "Normalo-Gäste" daran stört, sein Bierchen zusammen mit Nazis zu sich zu nehmen.
Aber mensch muss sich nicht zwangsläufig in der Nähe dieser "ausgewählten Kneipen" aufhalten, um die direkte Konfrontation mit Nazis zu finden. Es vergeht kaum ein Wochenende, an dem es nicht zu Nazi-Übergriffen auf MigrantInnen/ Linke/ Alternative in anderen Kneipen, auf Abi-Partys und teilweise sogar auf Privat-Partys kommt. Auch auf dem Neumünsteraner Stadtfest "Holstenköste" und dem jährlich stattfindenden "Klosterrock" muss mensch sich auf massives Auftreten gewaltbereiter Nazis einstellen, die dort auch Versuche unternehmen, in andere Subkulturen einzudringen, um so "Querfronten" zu bilden. So suchen Nazis oft das Gespräch mit Mitgliedern der Metal-Szene und selbst Jugendliche, die sich als "alternativ" verstehen, lassen sich auf Diskussionen mit Nazis ein, die nicht selten zu einer gewissen Akzeptanz gegenüber rechtem Gedankengut führen.
Doch Neumünster hat mehr zu bieten als nur die typischen Stiefelglatzen. Der Club 88 war auch stets Ausgangspunkt für die militante organisierte Naziszene und hat mittlerweile - nicht nur durch Beiträge in den Mainstream-Medien - eine traurige, bundesweite Berühmtheit erlangt. Um ein Beispiel zu nennen: in einer Spiegelreportage über Combat 18 wird Neumünster als "neue Hauptstadt der Bewegung" bezeichnet. Die Reportage berichtet unter anderem Über den Neumünsteraner Nazikader Peter Borchert, der derzeit noch im Knast sitzt. In seiner Wohnung wurde neben einer Flasche Führerwein auch ein scharfer Revolver samt Munition gefunden - in einem späteren Geständnis kam heraus, dass dies nicht die einzige scharfe Waffe war, auf die Borchert Zugriff hatte. Aktuell wurde Borchert auf seinen Freigängen mit der Cousine des Sohnes des Titanicwirtes gesehen. Als weitere "lokale Größen" wären der aus Anti-Antifa Kreisen bekannte Martin Engelbrecht oder der ursprünglich aus Segeberg stammende Henning Fesser zu nennen. Ebenfalls treibt Tim Bartling in Neumünster sein Unwesen. Er ist nicht nur maßgeblich an der Gründung des Club 88 beteiligt gewesen, sondern der Jiu Jitsu Europameister und begeisterter Freefighter war auch an der Gründung der Neumünsteraner Nazi-Kampfkunst-Schule "Athletik Klub Ultra" beteiligt. Werbung für diesen Nazi-Schuppen konnte mensch unter anderem in der Neumünsteraner Disco "Sky" finden, wo Bartling als Türsteher tätig ist.

FreibadheldInnen aus KI, NMS, HH!

Rechter Szeneladen dicht - Randale

Der umstrittene Laden Odin & Freya an der Talstraße (St. Pauli), Anbieter von Kleidung, die zumeist in der rechten Szene getragen wird, ist geschlossen. Der Vermieter hat dem Betreiber Volker F. zum Oktober gekündigt. In der Nacht zu Sonnabend feierten noch einmal zahlreiche Personen, großteils aus der rechten Szene, in dem Laden. Während einer Demonstration gegen die Veranstaltung flogen Steine und Flaschen. Rund 200 Demonstranten protestierten gegen die Feier der rechten Szene. Vereinzelt brannten Müllcontainer. Zwei Beamte wurden leicht verletzt, vier Randalierer nach Flaschenwürfen vorläufig festgenommen.

Abendblatt Oktober 2006

Nazis machen keinen Stich in Hamburg

2.000-3.000 Hamburger demonstrierten am 14.10.06 gegen einen Aufmarsch der neofaschistischen NPD. Die Nazis hatten ursprünglich geplant, durch die Hamburger Innenstadt zu marschieren. Ein breites Bündnis meldete eine Gegendemonstration am Gänsemarkt und eine Kundgebung am Gerhart-Hauptmann-Platz (beide in der Innenstadt) an. Als klar wurde, dass die Gegenaktivitäten großen Zulauf bekommen würden, verbannte die Polizei den Nazi-Aufmarsch wenige Tage vorher aus der Hamburger Innenstadt.

Das "Hamburger Bündnis gegen Rechts" feierte diese Tatsache als großen Erfolg. Dennoch wertete das Bündnis den Nazi-Aufmarsch als politischen Skandal, weil die Hamburger CDU-Regierung dem faschistischen Treiben in der Stadt kein Ende bereite. "Seien wir aktiv: Sofortige Auflösung aller faschistischen Organisationen!" forderte daher der Sprecher des Bündnis gegen Rechts, Olaf Harms (DKP) und mahnte: "Wir müssen noch viel mehr werden, wenn wir verhindern wollen, dass in der nächsten Hamburgischen Bürgerschaft die Faschisten Mandate erringen. Lasst uns deshalb ein Klima schaffen, in dem Faschisten kein Bein an den Boden bringen.". Auf der Auftaktkundgebung sprach zudem der ver.di-Landesvorsitzende Wolfgang Rose (SPD), der darauf hinwies, dass "in Hamburg die meisten Millionäre und die meisten Sozialhilfeempfänger in der Republik leben." Diese Ungerechtigkeit entfremde die Menschen von der Politik und mache sie empfänglich für "die Parolen der rechtsradikalen Rattenfänger". Auch Norman Paech (parteilos), Hamburger Abgeordneter der Linksfraktion, verurteilte die Tolerierung der NPD durch die Behörden.

Dort sollten die Faschisten nach Polizeiplanungen mehrere Kilometer zu Fuß zurücklegen. Die 2.000-3.000 Gegendemonstranten blockierten jedoch die Strecke. Nach dem zwei der insgesamt 9 in Wandsbek stationierten Wasserwerfer eingesetzt wurden, entzündeten einige Gegendemonstranten Barrikaden und warfen Flaschen auf die Polizei. Weil die Polizei die Lage nicht unter Kontrolle bekam, verkürzte die polizeiliche Einsatzleitung die Marschroute der NPD um mehrere Kilometer. Die circa 200 Neofaschisten hatten bis dahin lediglich zwei Häuserblöcke umrundet. Wie überall in der BRD sammeln sich auch in Hamburg militante Kameradschaften unter dem Banner der legalen NPD. Neben Thomas Wulff sprach am Samstag der Hamburger Faschist Alexander Hohensee. Zu einer kuriosen Szene kam es, als 20 Skinheads zur NPD-Demo stießen und plötzlich Banner entrollten und skandierten: "Wir sind Skinheads, was seid ihr. Nazis raus!". Die linken "Red and Anarchist Skinheads" (RASH) hatten die Polizei damit völlig überrumpelt. Die Neofaschisten erreichten nun wieder den Platz ihrer Auftaktkundgebung und sollten über eine veränderte Route ihren Aufmarsch fortsetzen. Wie schon kurz zuvor an anderer Stelle besetzen auch jetzt Antifaschisten die vorgesehen Demo-Strecke der NPD. Die Polizei setzte erneut Wasserwerfer ein, konnte aber nicht verhindern, dass Antifas immer wieder versuchten, die Straße zu blockieren. Die Faschisten waren nur eine Kreuzung weit vorgerückt, als die Polizei den braunen Aufmarsch zur nächsten S-Bahn-Station evakuieren musste. Hamburgs Antifaschisten hatten die Nazis ein weiteres Mal gestoppt. Insgesamt dreimal war der NPD-Aufmarsch nun verlegt bzw. verkürzt worden. Laut Polizeiangaben wurden am Samstag 28 Personen festgenommen. Wieviele Menschen durch Schlagstock- und Wasserwerfer-Einsatz verletzt wurden ist unbekannt.

Die Antifa-Demo marschierte zügig durch die Hamburger Innenstadt und machte die Bürger der Stadt beim Samstagseinkauf auf den braunen Spuk aufmerksam. Die Teilnehmer fuhren dann mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Arbeiterviertel Wandsbek und Eilbek im Hamburger Osten, wohin der Nazi-Aufmarsch verlegt worden war. Später sperrte die Polizei dort drei U-Bahn-Stationen, um die Bewegungsfreiheit der Antifaschisten einzuschränken, die U-Bahn hielt an den drei Haltestellen nicht mehr. Der gewaltige Polizeieinsatz mit 1.700 Beamten brachte den Straßenverkehr in Wandsbek völlig zum Erliegen.

Rote Flora November

Donnerstag, 2.11.2006, 21 Uhr
The Dynamite (Punk'n'Roll aus Schweden)

Freitag, 3.11.2006, 21 Uhr
Örokul, Lastline und Support
(Crust/ Hadcore-Konzert)

Samstag 4.11.2006, 20Uhr
Affordable hybrid and Low Fire Radio
(Post Hardcore/ Punk/ Rock aus Schweden).
Mehr Infos unter: www.pinkentertaiment.com

Freitag 10.11.2006, 23 Uhr
Big Tree Sound feiert 1 jähriges Bestehen
Special Guest: Rise & Shine Sound (Bremen), Roots Ashanti Sound (Bremen) feat Mr Brown (Gewinner des Flora Soundclashes 2005), Piranjah alongside MC Italizer

Samstag, 11.11.2006, 21 Uhr
Flora-Bau-Soli-Konzert: Vier Bands (+ special guest: Thai-Chi-Ultras) aus den Flora Proberäumen treten auf der Kellerbühne mit Musiktiteln auf, die so gemischt sind, wie die Flora selbst.
Fake Bullet: Vier Jungs, ein waschechter Hamburger und drei zugezogene aber mittlerweile voll Hamburg-sozialisiert präsentieren Anti-Hero-RocknRoll
Gräulich: (HH, N, Esgrusschauby) spielen emo-pop mit hinterlistigen Texten
Crashing Panes: Bieten free-impro-jazz-noise-power-trio
Spalt: Psychedelischer noise rock mit bis zu 4 Gitarren. Die Band besteht in wechselnder Besetzung seit 10 Jahren und wird Stücke ihrer noch unveröffentlichten neuen CD spielen.

Montag, 13.11.2006, 21 Uhr
AIDS WOLF, Skingraft Noisrock

Donnerstag, 16.11.2006, 20 Uhr
"Ich bitte um Veranlassung, daß solche unmenschlichen Handlungen dort gemacht werden, wo man sie sieht"
Was hat die deutsche Öffentlichkeit von der Judenverfolgung zwischen 1933 und 1945 gewusst?
Die Veranstaltung wird auf Grundlage neuer historischer Forschungsergebnisse versuchen, Antworten auf die Frage nach Mitwirkung, Unterstützung und Duldung der Deutschen bei der Verfolgung und Ermordung des deutschen und europäischen Judentums zu geben.

Freitag, 17.11.2006, 23 Uhr
Dub Kitchen (es geht um Dub! Dub-Cafe Soli-Party)
Selektas: RegEdit, Piranjah, Big Tree, Phillo, Stadtindianer, Dubbing Warrior

Samstag, 8.11.2006, 22 Uhr
Soli-Disko für Konzertgruppe aus der Roten Flora

Freitag, 24.11.2006, 21Uhr
Echo Is Your Love, Posthardcore/ Indierock aus Finnland (denkt an Slater Kinney oder Sonic Youth) plus Support. Menschen, die dringend Pop brauchen, könnten enttäuscht sein, Menschen, die es schräg, eigenwillig und gut mögen, werden jubeln.

Samstag, 25.11.2006, 22 Uhr
Soliparty für Prozesskosten im Zusammenhang mit den Verhaftungen beim Schanzenfest 2006. DJ's auf 2 floors: Rock'n'Pop meets Old school Hip-Hop, Keller: Drum'n'Bass meets GOA. Die Veranstaltung dindet in Kooperation mit der Roten Hilfe statt!

Und zu Sylvester lädt das Convergance Center Hamburg in die Flora: G8-Juni 2007 in Heiligendamm versenken!
In der Roten Flora ab 23 Uhr Sylvesterparty mit Drum'n'bass, Jungle, Reggae, Ska, Russendisko und Jugendzimmerdiscotrash. Soliparty für den G8-Widerstand.

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 17 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 17 - 20 Uhr

